

Protokoll

6. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 21. Februar, 2012, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsidentin Elisabeth Tobler, SVP

Anwesend Stadtparlament: 28 Mitglieder

Entschuldigt: Bertelmann Bernhard, SP-Gewerkschaften-Juso,
Yilmaz Ekin, SP-Gewerkschaften-Juso

Anwesend Stadtrat: Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Klöti Martin, FDP,
Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 6/ 1. Mitteilungen
- 6/ 2. „Abfallreglement Einführung einer Grundgebühr / Änderung Art. 21 und 28“
- 6/ 3. „Skatepark“
Eintreten, materielle Beratung, Beschluss
- 6/ 4. Motion „Gemeindeordnung der Stadt Arbon vom 27. Juni 2006“
Beantwortung, Diskussion, Beschluss
- 6/ 5. Interpellation „Auswirkungen der Ortszulage für das städtische Personal“
Beantwortung, Diskussion
- 6/ 6. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die laufende Amtszeit, SP-Gewerkschaften-Juso (Rücktritt Manuel Abegglen)
- 6/ 7. Fragerunde
- 6/ 8. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Elisabeth Tobler: Geschätzte Besucherinnen und Besucher, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Nach einem interessanten Bibliotheksbesuch begrüsse ich sie hier gerne zur 5. Jahreszeit, zur Fasnacht, einem weiteren interessanten Bereich des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Die Fasnachtsgesellschaft Lälekönig, die vom 11-er Rat geführt wird, ist eine Institution, die jedes Jahr die Fasnacht in Arbon organisiert. In ihr sind alle Gruppen, wie die Holzmaskenzunft mit den Schalmeien, die DLA, was die lustigen Arboner heisst und die Arbor Felix Hüüler vertreten. Es ist eine grosse Aufgabe, alle 52 Gruppen des Umzugs zu verköstigen und für benötigte Unterkunft zu sorgen. Einen reibungslosen Ablauf mit so viel verrücktem Volk zu bewerkstelligen, dazu gehört doch einiges.

Dieses Jahr feiern die Hüüler, wie wir sie nennen, ihr 35 Jahr-Jubiläum. Sie sind international bekannt und haben die Schweizer Guggenmusik schon vor rund 20 Jahren im fasnachtsverrückten Deutschland, in Salzgitter, nördlich von Hannover, bekanntgemacht. Dort waren sie am Altstadtfest bis weit in die Nacht hinein die Strassenfeger und haben in ihren farbenfrohen Gewändern vor 10'000 Zuhörern ihr Können zum Besten gegeben, und als die Frage nach einer CD kam, konnten sie keine liefern. Erst später haben sie dann Aufnahmen gemacht.

Ich lade sie ein, an einem dieser traditionellen Anlässe vom 24. bis 26. Februar teilzunehmen. Die Stadthausstürmung oder der Läleobig im ZIK am Freitag, am Samstag erstmals der Nachumzug und die Hüülernacht und am Sonntag dann der Höhepunkt, der Internationale Fasnachtsumzug mit 52 verschiedenen Gruppen und dem anschliessenden Abschlusskonzert, hier im Seeparksaal.

Lassen sie sich mitreissen vom fröhlichen Treiben und behalten sie für den Rest des Jahres etwas Fröhlichkeit in ihren Herzen. Mit einer Teilnahme unterstützen und erhalten auch wir diese Tradition. Lange genug noch hat uns dann der Ernst des Lebens wieder fest im Griff, so wie heute Abend hier an dieser Sitzung.

Somit eröffne ich die heutige 6. Parlamentssitzung und bitte Evelyne Jung, die Parlamentssekretärin, den Namensaufruf vorzunehmen.

Es sind 27 Mitglieder anwesend. Remo Bass, CVP/EVP wird etwas später eintreffen. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen.

Entschuldigt für die heutige Parlamentssitzung haben sich Bernhard Bertelmann und Ekin Yilmaz, beide SP-Gewerkschaften-Juso.

Traktandenliste

Präsidentin Elisabeth Tobler: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten, ich stelle sie zur Diskussion.

Wenn kein Änderungswunsch besteht, gilt diese Traktandenliste stillschweigend als genehmigt.

Wir kommen zum Traktandum 1:

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 31. Januar 2012

- Kommissionsbericht betreffend „Abfallreglement“
- Beantwortung Motion „Gemeindeordnung der Stadt Arbon vom 27. Juni 2006“
- Beantwortung Interpellation betreffend „Auswirkungen der Ortszulage für das städtische Personal“

Mit Sonderversand vom 14. Februar 2012

- Kommissionsbericht „Skatepark“

Per E-Mail am 7. Februar 2012

- Parlamentsprotokoll der 5. Sitzung vom 17. Januar 2012. Das Protokoll ist auf dem Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung wurde eine Interpellation von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Legislaturprogramm 2011-2015“ eingereicht und geht nun in Zirkulation.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Andrea Vonlanthen, SVP: Gerne informiere ich sie über Neuigkeiten. An der letzten Sitzung haben wir ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Alija Miralem, 1980, kosovarischer Staatsangehöriger
Bajra Alija Sabina, 1986, kosovarische Staatsangehörige
Alija Dzenana, 2007, kosovarische Staatsangehörige
Alija Refija, 2009, kosovarische Staatsangehörige
- Ocak Selime, 1990, türkische Staatsangehörige
- Todic Sanja, 1994, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Im Namen des Parlaments beglückwünsche ich diese Personen zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht. Wir wünschen ihnen ein waches Interesse und viel Freude an der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens und an der Entwicklung unserer Stadt. Wie immer bildet das Gemeindebürgerrecht die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

Zur Behandlung an der nächsten Einbürgerungskommissions-Sitzung stehen folgende Gesuche an:

- Denizeri Bülent, 1968, türkischer Staatsangehöriger
Denizeri-Soyöz Feza, 1972, türkische Staatsangehörige
Denizeri Duygu, 1996, türkische Staatsangehörige
Denizeri Ekrem Kaan, 2003, türkischer Staatsangehöriger

An der nächsten Sitzung wird nur dieses eine Gesuch behandelt, da sich die Einbürgerungskommission im zweiten Teil mit einer Überarbeitung der Fragebogen der schriftlichen Prüfung beschäftigen wird.

Im Moment liegen noch 32 pendente Gesuche von 62 Personen vor. Behandlungsreif in der Einbürgerungskommission sind aber lediglich 6 Gesuche von 18 Personen. Hier liegt die Eidgenössische Bewilligung vor. Alle anderen 26 Gesuche befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im Eidgenössischen Bewilligungsverfahren, oder sind vorerst zurückgestellt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Danke Andrea Vonlanthen für die Mitteilungen.

2. „Abfallreglement Einführung einer Grundgebühr / Änderung Art. 21 und 28

Eintreten, materielle Beratung, Beschluss

Ich erteile das Wort zum Eintreten dem Kommissionspräsidenten Andrea Vonlanthen.

Andrea Vonlanthen: Der Stadtrat hat uns eine ausführliche Botschaft zu diesem Geschäft vorgelegt. Wir haben sie an einer Sitzung im Beisein von Stadtammann Martin Klöti beraten. Die Kommission ist einstimmig zum Schluss gekommen, ihnen den Antrag zu stellen, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Für die Kommission ist unbestritten: Sauberkeit und Ordnung sind hohe Werte für eine städtische Gemeinschaft. Sie dienen sowohl dem Wohlbefinden der Menschen als auch dem Image einer Stadt. Darum gehören Sauberkeit und Ordnung zu den Grundaufgaben einer Stadt. Leider nehmen die Probleme in diesem Bereich offensichtlich zu. Doch sie sind nicht mit einer Abfallgebühr zu lösen.

Für Nichteintreten sprechen nach Auffassung der Kommission mehrere Gründe. Sie finden sie im Kommissionsbericht. Ich nenne hier nur die drei wichtigsten Argumente:

1. Der Stadtrat wünscht eine Abfallgebühr, ohne eine entsprechende neue Leistung anzubieten. Damit entspricht sie einer verkappten Steuererhöhung um gut zwei Prozent.
2. Die neue Gebühr belastet alle Bürgerinnen und Bürger gleich. Damit ist sie ungerecht, denn die Abfälle fallen in sehr unterschiedlichen Mengen an. Die vielen „Abfalltouristen“ werden überhaupt nicht zur Kasse gebeten.
3. Die neue Gebühr wird das Abfallproblem eher verschlimmern statt verbessern. Die Gebühr provoziert eine Haltung, wonach bedenkenlos Abfall produziert werden kann. Man hat ja dafür bezahlt. Wer „all inclusive“ bestellt, will das Angebot dann auch nutzen, ob es sinnvoll ist oder nicht.

Darum sagt die Kommission Nein zu einer Abfallgebühr, aber Ja zu alternativen Wegen. Sie fordert den Stadtrat ausdrücklich auf, verstärkt nach kreativen Wegen zu suchen, um das Abfallproblem in den Griff zu bekommen. Dazu soll in der Bevölkerung eine breite Diskussion ausgelöst werden. Vorerst aber sollen zuerst einmal die Kosten des Werkhofs und der Abfallentsorgung detailliert aufgeführt werden, um allenfalls kostensenkende Massnahmen ergreifen zu können.

Zur stadträtlichen Informationspraxis noch zwei Bemerkungen, die so in der Kommission nicht abgesprochen wurden.

1. Ein Arboner Bürger hat sich in dieser Sache an den Preisüberwacher gewandt. In einem Schreiben an den Stadtrat hält dieser fest, eine Mehrbelastung der Haushaltungen über Abfallgebühren sei nicht angezeigt. Erstaunlich, dass der Stadtrat die Kommission nicht von sich aus über dieses Schreiben informiert hat.
2. Dass der Stadtrat zum Schluss gekommen ist, er habe die Gebühr eigentlich viel zu hoch errechnet, musste die Kommission am 3. Februar aus der Zeitung erfahren.

Wenn eine Kommission alle Fakten kennen soll, um daraus abgeleitet Antrag stellen zu können, muss sie über solche Vorgänge informiert werden. Ich bedaure, dass das nicht geschehen ist.

Doch es gibt sachliche Gründe genug, um ihnen nochmals zu beantragen, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Riquet Heller, FDP: Auftrags meiner Fraktion stelle ich Ihnen folgenden Antrag.

Das Geschäft sei zur materiellen Beratung und zur Berichterstattung an unsere parlamentarische Kommission zurückzuweisen. Dies begründe ich wie folgt:

Unsere Kommission stellt den Antrag, auf die Vorlage nicht einzutreten, ohne sich selber Gedanken gemacht zu haben, wie denn Änderungen des Abfallreglements auszusehen hätten, auf die wir allenfalls eintreten, sie beraten und allenfalls gutheissen könnten. Fantasielos wird die Vorlage an den Absende zurückgeschickt, ohne selber konkrete Vorschläge für die Deckung der selbst bei Sparanstrengungen ausgewiesenen Kosten betreffend die allgemein anfallenden Abfallmengen

ausgearbeitet zu haben. Dass dies mit Mehrarbeit für die Kommission verbunden gewesen wäre, ist klar. So hätte sie durchaus der Verwaltung den Auftrag erteilen können, die Kosten des Werkhofes und der Abfallentsorgung detailliert aufzulisten und sie uns heute präsentieren können, statt einfach zu beantragen, dazu das Geschäft via Parlamentsbeschluss sek an den Stadtrat zurückzuweisen. Ebenso vermisste ich und meine Fraktion Konkretisierungen, was unsere Kommission unter dem Titel „Möglichkeiten, die Kosten für die Abfallentsorgung zu senken und die Abfallmenge zu reduzieren“ diskutiert hat und ob dies alles zum Null-Tarif zu haben sein wird. Wunder geschehen bekanntlich immer wieder und die FDP-Fraktion würde sich darüber freuen, wenn unsere Kommission konkret auf solche wundersamen Leistungsverbesserungen oder Abfallenkungsmassnahmen hinweisen könnte, die nichts oder nur sehr wenig kosten, bzw. wie solche alternativen Wege zu finanzieren und durchzusetzen wären. Dazu darf eine parlamentarische Kommission auch durchaus externe Fachpersonen beziehen, falls der nötige Sachverstand weder in den eigenen Reihen noch in unserer Stadtverwaltung zu finden wäre.

Nach Meinung der FDP-Fraktion fiel der Bericht unserer Kommission, der einfach auf Nichteintreten auf die Vorlage des Stadtrates lautet, darum zu knapp aus und ist deshalb ebenso rasch, wie die Vorlage in der Kommission beraten wurde, zur Verbesserung an den richtigen Absender zurückzuschicken, nämlich zurück an unsere Kommission und nicht an den Stadtrat. Unsere Kommission soll an der Vorlage einmal arbeiten und Verbesserungsvorschläge konkretisieren, bevor die Vorlage unberaten zurück an den Stadtrat geht.

Beschliessen wir im Sinne unserer Kommission, ist dies nämlich ein klarer Fingerzeig an den Stadtrat, der kaum an Wunder glauben wird, entweder die Leistungen betreffend Sauberkeit unserer Stadt zu drosseln oder dann entsprechend Anstrengungen über die allgemeinen Steuereinnahmen unserer Stadt zu finanzieren, sprich die Steuern um ca. zwei Prozent zu erhöhen. Beides will meine Fraktion nicht.

Deshalb Zurückweisen der Vorlage an unsere Kommission, damit sie an der Vorlage materiell feile und arbeite, worauf wir allenfalls das Resultat unserer Kommission beraten und gutheissen können, bevor wir die Sache ohne präziseren Auftrag, was zu tun ist, an den Stadtrat zurückweisen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich sehe, dass viel junges Publikum da ist. Das ist sehr schön, nehme aber auch an, dass das nicht zu diesem Thema ist, zu diesem Traktandum, sondern später zum Skatepark. Abfallminderung, Abfallentsorgung ist aber auch ein wichtiges Thema und betrifft vor allem die Jungen auch, denn sie müssen ja mit diesen Abfallbergen fertig werden. Deshalb bin ich froh, dass sie da sind, auch gut zuhören und dann später etwas dazu beitragen.

Wir sind eine Wohlstandsgemeinschaft, das ist auch gut. Wir sind eine Konsumgesellschaft, da wird es schon problematischer, vor allem aber eine Wegwerfgesellschaft, und da sind wir am Problem, das wir lösen müssen. Wenn dann später die Jungen in unseren Geschichtsbüchern lesen, wir sind eine Wegwerfgesellschaft, da habe ich dann schon meine Mühe, wenn ich noch höre, wer viel konsumiert, verursacht grosse Mengen Abfall. Es stört mich, mit diesen Aussagen will ich sagen, dass sehr salopp und selbstverständlich mit dem Problem Abfallentsorgung umgegangen wird.

Obwohl das Problem schon längstens bekannt ist, wird es eigentlich immer noch schlimmer. Was mir nicht nützt, werfe ich weg, werfe ich zum Fenster raus auf die nächste Wiese. Die Kosten sollen andere übernehmen, den Aufwand auch, irgendwer räumt den Dreck dann schon weg.

Kann an dieser unnötigen Abfallmentalität, besser gesagt der Wegwerfmentalität tatsächlich nichts geändert werden? Es müssen, und das ist jetzt auch schon gesagt worden, auch in der Kommission, andere Verantwortlichkeiten gefunden werden, sonst lösen wir das Problem nie. Aber mit den vom Stadtrat vorgeschlagenen Reglementsänderungen gewinnen wir aber auch gar nichts. Die Vermutung muss eben sehr nahe liegen und ich habe diese Vermutung, dass hier nur eine Geldquelle erschlossen werden soll und weniger das Problem gelöst wird.

Dann möchte ich noch auf eine Stelle in der Botschaft hinweisen. Wie heißt es da doch so schön: „Derweil die Sackgebühr nach dem Verursacherprinzip funktioniert, ist die Grundgebühr ein solidarischer Beitrag an die Gesellschaft“. Ein solidarischer Beitrag an die Gesellschaft, lassen sie

sich dies auf der politischen Zunge zergehen. Ein solidarischer Beitrag an die Gesellschaft, wenn das nicht eine Umschreibung für Steuer ist, weiss ich auch nicht weiter. Man weiss zwar, für was diese Gebühr eingesetzt wird, man kennt die Verursacher, aber nur abstrakt, kann sie eben nicht dingfest machen, weil sie am See sind und grillen, ihr Grillgut zurücklassen, etwas essen und in die Abfallkübel legen. Und nun sollen die Haushaltungen in die Bresche springen und das bezahlen, das ist nicht verursachergerecht.

Die Botschaft des Stadtrates ist sehr umfangreich ausgefallen, zielt aber eigentlich nur, und das vermute ich, auf die Rechtfertigung der neuen Gebühr ab. Sehr problematisch hat sich auch ausgewirkt, dass der Stadtrat schon im Vorfeld diesen Posten, diese Gebühr ins Budget aufgenommen hat, das ja nachher wieder herausgestrichen worden ist. Das ist nicht ein guter Start für eine solche Gebühr. Dann, da möchte ich nachhaken, das ist wichtig, dass wir diese Informationen erhalten, Stadtammann Martin Klöti hat in der Kommission zugesichert, die Kosten des Werkhofes und die Art und Weise der Abfallentsorgung, was in den Kübeln ist, was neben den Kübeln ist, was sonst entsorgt werden muss, genauer, detaillierter aufzulisten. Die Botschaft selber ist eben bezüglich auf diese Fragen sehr ungenau und blass.

Die CVP/EVP-Fraktion fordert auch etwas mehr Fantasie, auch das wurde schon gesagt, nicht nur bei der Bezahlung dieser Abfallkosten, insbesondere bei der Verhinderung von Abfall. Es ist mit den Take Away Geschäften aber auch den ganzen Verkaufsläden über neue Alternativen zu verhandeln. Muss denn jedes Brötchen, das ich am Mittag esse, in eine Plastikbox eingelegt sein, in Papier eingewickelt, noch ein Plastikmesser dazugegeben werden. Müssen Mittagsmenüs so umfangreich dargestellt sein? Das alles wird nachher weggeworfen, gäbe es doch sinnvollere, bessere Ideen. Hier hätten wir auch einen Verursacher, nämlich diese Läden, die eine Adresse haben, die das verkaufen. Auch bei der Entsorgung im Werkhof sind die umliegenden Gemeinden unbedingt in die neuen Lösungen einzubinden. Es ist, wie ich gehört habe, bereits in diesem Sinne etwas passiert, dass man bessere, genauere Kontrollen macht. Aber als Zentrumsgemeinde diese Aufgabe können wir durchaus wahrnehmen, können wir mit den umliegenden Gemeinden sprechen und allenfalls einen anderen Kostenteil oder Aufgabenteiler finden.

Ich möchte noch auf Art. 1 im Reglement hinweisen, da stehen nämlich unter anderem zwei wichtige Zwecke: „Das Reglement beweckt: die Vermeidung von Abfällen, die Verminderung der Abfallmenge.“ Ich habe gehört, dass hier ein Konzept stehen soll, habe aber noch nie gehört, ob damit etwas passiert, wie man diesem Zweck nachlebt. Das Problem ist erkannt, die CVP/EVP erwartet nun auch entsprechendes Handeln. Nur eine Grundgebühr einzuführen, ist nicht nur zu einfach, schlicht das falsche Signal. Diese Vorlage ist, wie man auch aus dem Kommissionsbericht lesen kann, wie die Fraktionen verhandelt haben, offenbar nicht mehr zu retten. Obwohl, das muss ich sagen, in unserer Fraktion einige Sympathien für die Grundgebühr vorhanden ist. Es muss zurück an den Stadtrat, wir sind gespannt und freuen uns auf eine neue, bessere Debatte und verzichten auf Eintreten.

19.28 Eintreffen von Remo Bass, CVP

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso hat einstimmig beschlossen nicht auf dieses Geschäft einzutreten. Wir sind der Auffassung, dass das Gebühren sind. Gebühren sind indirekte Steuern, indirekte Steuern sind unfair. Wir lehnen aus grundsätzlichen Überlegungen diese Gebühr ab. Da macht auch der Rückkommandantrag von Riquet Heller keinen Unterschied. Ich denke nicht, dass von unserer Seite diesem Antrag zugestimmt wird, der mich doch einigermassen erstaunt, da er verbunden ist mit einigen Rügen an deine doch so charmante Banknachbarin. Ich bin nicht der Auffassung, dass wir in der Kommission unseriös und fantasios gearbeitet haben. Wir waren schlicht und einfach nicht einverstanden mit der Vorlage des Stadtrates. Wir sind es auch jetzt noch nicht und wir wehren uns vehement gegen die Einführung einer Grundgebühr.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich stelle die Frage jetzt schon, falls nicht eingetreten wird. Im Kommissionsbericht fällt eine Bemerkung auf: „Dem Kommissionspräsidenten wurde zudem ein Schreiben des Preisüberwachers zugespielt.“

Auf Beanstandung offenbar eines Bürgers erhielt der Stadtrat vom Preisüberwacher eine Anfrage, die der Stadtrat diesem beantwortete. Wie kommt es, dass dieses Schreiben dem Kommissionspräsidenten zugespielt wurde. Ist hier ein Leck im Stadthaus vorhanden? Oder wurde das Schreiben auf einem andern Wege dem Kommissionspräsidenten zugespielt? Sind wir in Arbon nun schon soweit, dass wie auf Bundesebene bei der Kampfjetevaluation vertrauliche Dokumente oder jüngst in Arbon Insiderwissen der Sonntagspresse zugespielt werden?

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Da wir schon des langen und des breiten diskutieren beim Eintreten, erlaube ich mir, dieses auch hier zu tun. Ich bin froh dass sich die Kommission gegen das Ansinnen des Stadtrates entschieden hat. Alles andere hätte ich nicht verstanden. Es hat mich geradezu empört, als ich von dem Ansinnen des Stadtrates hörte, die ungedeckten Kosten aus der Abfallentsorgung via Gebühren auszugleichen.

Es war mir nicht verborgen geblieben, dass schon seit längerer Zeit in der Rechnung ein Betrag von gut Fr. 300'000.-- besteht, der nicht durch die Einnahmen der Abfallsackgebühren ausgeglichen ist.

Die ca. Fr. 300'000.-- entstehen nach Auskunft des Stadtrates aus dem Entleeren der Abfallkübel im öffentlichen Raum, der manuellen Strassenreinigung, der Säuberung der Parkanlagen, das Betreiben der Entsorgungsstelle und evtl. noch weiteres.

Aber sind das wirklich Leistungen, die über Gebühren, also verursachergerecht, verrechnet werden dürfen? Mit Sicherheit nicht. Eine Stadt wie Arbon, die sich für Touristen, aber auch für sich selbst sauber und herausgeputzt zeigen will, hat diese Kosten über die Steuereinnahmen zu decken. Das ist klar eine Aufgabe der Stadt.

Es gibt ja nichts Unsoziales, aber auch Einfallsloseres als einfach Gebühren zu erheben. Für alle Arbonerinnen und Arboner, egal wie sie finanziell gepolstert sind zum gleichen Preis!

Vor einem Jahr schon machte ich hier im Parlament eine Anfrage zu den Kosten der Abfallentsorgungsstelle im Werkhof. Weil ich wusste, dass dort ungedeckte Kosten anfallen. Vor allem auch deshalb, weil sehr viele Auswärtige ebenfalls dort ihren Abfall entsorgen. Ich wollte damals den Stadtrat darauf hinweisen, dass er sich dieses Problems endlich annehmen soll. Aber dass nun als Lösung des Problems nichts Gescheiteres kommt als eine Gebühr einzuführen, das hätte ich nicht gedacht.

Ich bitte das Parlament, dem Antrag der Kommission zu folgen und dem Ansinnen des Stadtrates eine Abfuhr zu erteilen. Gleichzeitig möchte ich den Stadtrat bitten, bessere, verträglichere, vielleicht auch fantasievollere Lösungen anzubieten.

Tabea Brühwiler, SVP: „Wer auf einen Baum klettern will, fängt unten an, nicht oben“. Dieses afrikanische Sprichwort begleitete mich vor einem Jahr durch den Wahlkampf für dieses Parlament. Und dieses Sprichwort fiel mir bei der Behandlung der Vorlage zum Abfallreglement wieder ein. Die Einführung einer jährlichen Grundgebühr zur Deckung anfallender Kosten bei der Abfallbeseitigung würde zwar zu einer Entlastung des Finanzaushaltes der Stadt Arbon führen, doch gelöst würde damit das „Güselpproblem“ noch lange nicht. Das heisst im übertragenen Sinne, der Stadtrat wird auf diese Weise den Baum nicht erklimmen können.

Aus Sicht der SVP-Fraktion sprechen folgende Punkte gegen Eintreten und Beratung dieser Vorlage:

1. Ohne neue Leistungen keine zusätzliche Gebühren. Die Einführung einer solchen Grundgebühr entspricht einer Steuererhöhung von zwei Prozent.
2. Die Grundgebühr ist nicht verursachergerecht und führt damit zu keiner Reduktion der anfallenden Abfälle, denn nicht die Abfallerzeuger tragen die Entsorgungskosten. Die Gebühr belastet die einheimischen Haushalte und verschont die „Abfalltouristen“ gänzlich. Die Gefahr, dass somit noch mehr Abfall in Arbon entsorgt wird, ist gross.
3. Selbst der Preisüberwacher Stefan Meierhans empfiehlt nach eingehender Prüfung, auf die geplante Gebührenerhöhung zu verzichten.

Wie der Stadtrat richtigerweise feststellt, ist der achtlose Umgang mit Abfällen zum Gesellschafts-thema geworden. „Mehr Sicherheit und Ordnung“ ist ein Schwerpunkt der SVP in der Legislatur 2011-2015. Die SVP möchte den Stadtrat ermutigen und unterstützen, am Ziel festzuhalten, das Bewusstsein und Handeln für eine saubere Umwelt zu wecken und zu unterstützen. Doch dafür müssen die Steuergelder ausreichen.

Zusammen mit der Unterstützung des Antrags, auf diese Vorlage nicht einzutreten, möchten wir dem Stadtrat noch folgende Einfälle mitgeben:

1. Die Stadt Arbon hat in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit dem Dienst der Securitas gemacht. Diese sorgen auf Plätzen und in den Parkanlagen für Sicherheit und Sauberkeit, intervenieren bei Störungen und Belästigungen, vermitteln und schlichten und verweisen auf Verhaltungsregeln und setzen diese konsequent durch. Möglicherweise hätte schon die Ankündigung von Sanktionen eine prophylaktische Wirkung und könnte ein gewisses Unrechtsbewusstsein schaffen.
2. Herumliegende Abfälle senken die Hemmschwelle, den eigenen Abfall ebenfalls liegen zu lassen. Umgekehrt wird an sauberen und freundlich wirkenden Orten weniger gelittert. Es ist wichtig, genügend und genug grosse Abfalleimer bereitzustellen.
3. Welche Vereinbarung besteht zurzeit eigentlich noch mit Mc Donalds und anderen Take Away Geschäften? Diese Betriebe sind beispielsweise für einen grossen Teil des Litterings verantwortlich.

Die SVP wünscht sich im Zusammenhang mit der Behandlung des Reglements über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOR) eine nächste grundlegende Diskussion in dieser Frage und bittet sie auf die Vorlage „Einführung einer Grundgebühr zur Abfallbeseitigung“ nicht einzutreten.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Möchte nur noch beruhigen. Es ist nicht irgend ein Leck da im Stadthaus, das der Sonntagspresse oder an irgendwelchen Politikern geht, sondern ich habe, genauso wahrscheinlich wie Andrea Vonlanthen, ein Schreiben erhalten von einem IPK, „In der Beilage sende ich Ihnen die Stellungnahme der Preisüberwachung betreffend „der Einführung einer Abfallgrundgebühr in Arbon. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich dafür einsetzen würden, dass diese geplante Abfallgrundgebühr nicht eingeführt wird. Die Arboener Einwohnerschaft wird von der Stadt bereits zur „Genüge gemolken. Das ist der Brief mit dem Begleitschreiben und in Begleitung des Schreibens des Preisüberwachers. Dieser Bürger hat den Preisüberwacher dafür angefragt und hat mich dann nachträglich darüber informiert, was ich sehr gut fand.“

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich kann Roman Buff als Kommissionspräsident auch beruhigen. Die Information betreffend Preisüberwacher kam wirklich via Bürgerseite zu uns. Es war zuvor ausgeschrieben, wer diese Kommission bildet. Jeder Bürger konnte sich an die Kommissionsmitglieder wenden, das hat ein Bürger getan. Was der Stadtrat nicht getan hat, die Kommission zu informieren über den Preisüberwacher, leider nicht getan hat, das hat dann ein Bürger getan. Als Kommissionspräsident möchte ich sie auch bitten, den Antrag der FDP betreffend Zurückweisung an die Kommission, abzulehnen.

Riquet Heller, du hast das so formuliert, die Kommission habe die Vorlage an den Stadtrat zurückgewiesen. Wir wollen nicht eintreten, wir wollen nichts zurückweisen, sondern wir sagen, diese Vorlage ist untauglich, auf die treten wir nicht ein. Welches war denn der Auftrag der Kommission? Sie hatte die Vorlage des Stadtrates zu prüfen und nichts anderes, und Ihnen Antrag zu stellen, ob diese Vorlage sinnvoll sei oder eben nicht. Wir haben in der Kommission schon die Warnung gehört, die jetzt Riquet Heller auch geäussert hat: Wird die Gebühr abgelehnt, muss der Steuerfuss erhöht werden oder werden Leistungen abgebaut. Wir finden diese Warnung etwas mühsam, solange keine klaren Fakten hier sind über die Effizienz und die Kostensituation der jetzigen Abfallentsorgung. Diese Informationen haben wir ja vom Stadtrat verlangt und wir erwarten da auch noch einige Angaben dazu.

Wie gesagt, es kann nicht der Auftrag der Kommission sein, dem Stadtrat und der Verwaltung die Arbeit abzunehmen. Eine Kommissionsberatung ist kein Workshop, das können andere besser. Die Kommission hatte nichts anderes zu tun als diese Vorlage zu prüfen und die lehnen wir ab, auf die

treten wir nicht ein. Zum konkreten Antrag der FDP, bitte ich sie als Kommissionspräsident, diesen abzulehnen.

Präsidentin Elisabeth Tobler:

Sind keine weiteren Voten zum Eintreten, stimmen wir über das Eintreten auf die Vorlage ab.

Zuerst wird über den Antrag des Stadtrates abgestimmt. Riquet Heller, du hast selber gesagt, dass in der materiellen Beratung der Antrag, die Zurückweisung an den Stadtrat, kommen wird.

://: **Dem Antrag der Kommission, nicht auf die Botschaft des Stadtrates betreffend „Einführung einer Grundgebühr“ einzutreten, wird mit 23 zu 5 Stimmen zugestimmt.**

Sie haben sich mit 23 Stimmen gegen ein Eintreten auf diese Vorlage entschieden. Damit ist das Geschäft erledigt.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP, entfällt, da für Nichteintreten gestimmt worden ist.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Andrea Vonlanthen und der Kommission besten Dank für die Arbeit, die geleistet worden ist.

3. „Skatepark“

Eintreten, materielle Beratung, Beschluss

Zum Eintreten erteile ich das Wort dem Kommissionspräsidenten Lukas Graf.

Lukas Graf, Präsident der Kommission: Es freut mich, ihnen aus der Kommission Skatepark berichten zu dürfen. Der Kommissionsbericht liegt ihnen inzwischen vor. Ich weiss, er kam ziemlich spät, die Terminfindung gestaltete sich nicht ganz einfach. Ich denke aber, im Gegensatz zum sportlichen Marathon sollte man politische Dauerläufe nicht mit einem Schlussspurt beenden, sondern sich die Zeit für eine sachliche Aufarbeitung der Fakten nehmen.

Dies haben Jakob Auer, Christine Schuhwerk, Monika Strauss sowie Rosmarie Wenk und der Sprechende getan und ich möchte allen Kommissionsmitgliedern an dieser Stelle für die geleistete Arbeit danken. Auch Erwin Rechsteiner und Stadtrat Reto Stäheli danke ich herzlich für die Beantwortung all unserer Fragen und die vielen Informationen zum Projekt, die sie der Kommission geliefert haben. Mein Dank gebührt zudem Jürg Schmid und Ralph Kugler vom Verein Skatepark, auch sie haben der Kommission Red' und Antwort gestanden und ich glaube, alle Kommissionsmitglieder haben das Engagement und die Überzeugung gespürt, die die Beiden antreibt. Nicht zu vergessen ist auch die Arbeit von Evelyne Jung, die in beiden Sitzungen das Protokoll geführt hat, vielen Dank, Evelyne, für Deine Unterstützung.

Wie sie dem Bericht entnehmen können, hat sich die Kommission zuerst gewissermassen die Basics angeeignet, bevor über Pro und Contra diskutiert wurde. Die ausführliche Präsentation von Erwin Rechsteiner sowie Vergleiche mit anderen Skaterparks haben gezeigt, dass gewisse Befürchtungen völlig hältlos sind. So ist das Vorurteil, beim Skaten handle es sich um einen Trendsport, der bereits auf dem absteigenden Ast sei, eben nichts weiter als das, ein Vorurteil. Im Gegenteil, der Sport lebt seit Jahrzehnten und die Nutzungsmöglichkeiten von Skaterparks werden immer vielfältiger. Aus diesem Grund werden auch laufend neue Parks errichtet.

Auch die Annahme, ein Skaterpark sei schon allein aufgrund der Unfallgefahr abzulehnen, entbehrt jeder Grundlage. Bei richtiger Ausrüstung ist der Sport nicht gefährlicher als die klassischen Breitensportarten und die Sicherheit spielt beim Bau von Skaterparks eine zentrale Rolle.

In der jahrelangen Debatte um den Skaterpark Arbon war der Standort immer von grosser Bedeutung, was auch verständlich ist, schliesslich soll ein kostspieliger Park einerseits möglichst oft genutzt werden, was eine zentrale Lage erfordert, andererseits darf er nicht in Wohngegenden stehen, denn geräuschlos lässt es sich nicht skaten. Natürlich spielen unter anderem auch bauliche

Voraussetzungen eine wichtige Rolle. Der Stadtrat hat in seiner Botschaft drei mögliche Standorte aufgeführt und deren Eignung mit einer Nutzwertanalyse verglichen. Daraus geht hervor, dass sich der Standort hier am Seeparksaal eindeutig am besten eignet. Ihre Kommission kam zum selben Schluss. Der Standort ist gut erreichbar und trotzdem weit genug weg von der nächsten Wohnsiedlung. Vor allem im Sommer ist die Schüttli quasi das Zentrum Arbons, weshalb der Standort auch aus touristischer Sicht zu favorisieren ist. Auf die baulichen Vorteile des Standortes möchte ich hier nicht nochmals im Detail eingehen, der Bericht liegt Ihnen vor.

Zwar gab es auch innerhalb der Kommission Stimmen, die den Standort kritisierten, hauptsächlich wegen der Nähe zum Naturschutzgebiet. Hierzu soll nochmals erwähnt werden, dass der Park in der Nacht nicht beleuchtet wird und die Nachtruhe deshalb gewährleistet ist.

Vollkommen einig war sich die Kommission darin, dass die komplette Variante gebaut werden soll, wenn das Parlament der Vorlage zustimmt. Auch der Verein Skatepark hat sich klar für die ursprünglich geplante, komplette Variante ausgesprochen, da die Light-Version, die ausschliesslich aus finanziellen Überlegungen kreiert wurde, eben viel weniger bietet als die Variante mit Bowl und auch nicht alle Anspruchsgruppen gleich gut bedient.

Beim Vergleich der beiden Varianten darf nicht vergessen werden, dass die Komplette die Stadt nicht mehr kostet als die reduzierte: Fr. 300'000.-- sind budgetiert, der Rest, Fr. 177'000.--, wird vom Verein Skatepark respektive von Sponsoren aufgebracht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dies muss man sich doch mal vor Augen halten: Wir haben es hier mit einem Sportverein zu tun, der rund 40 Prozent seiner Sportanlage selbst finanziert respektive die Finanzierung übernimmt. Inzwischen wurde die Fr. 100'000.-- Grenze überschritten und die Firma Möhl als Hauptsponsor gewonnen. Der Verein hat sich zudem bereit erklärt, eine Leistungsvereinbarung, analog zum Volleyballclub, zu unterzeichnen und die Reinigung des Parks zu übernehmen. Nicht nur dieser bemerkenswerte Einsatz, sondern auch der Vergleich mit Weinfelden, wo eine ähnlich hohe Summe durch die Interessengemeinschaft organisiert werden konnte, machen glaubhaft, dass auch der restliche Betrag noch aufgebracht werden kann.

Dennoch, sie haben es gelesen, kann ihnen die Kommission für den Entscheid keine Empfehlung abgeben. Bei jeweils zwei Ja- und zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung ergab sich eine Pattsituation.

Ich gehe davon aus, dass meine Nachredner genügend Argumente für oder gegen den Skatepark liefern werden und möchte deshalb an dieser Stelle auf eine weitere Gegenüberstellung verzichten. Nur so viel: Wenn man die beiden Hauptargumente von Befürwortern und Gegnern einander gegenüberstellt, geht es im Grunde darum: Soll man einem Anliegen der Arboner Jugend nachkommen oder lässt dies die aktuelle Finanzlage nicht zu?

In der nun folgenden Diskussion ist es meiner Meinung nach wichtig, persönliche Vorlieben und Parteifarben für einen Moment zu vergessen und das Geschäft mit etwas Distanz zu betrachten. Es geht hier nicht um ein neues Reglement oder eine Gesetzesänderung, sondern um eine Sportanlage für Kinder und Jugendliche.

Jakob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Im Namen der SP, Gewerkschaften und JUSO Mitglieder danke ich der vorberatenden Kommission für die genauen Abklärungen und den guten Kommissionsbericht.

Der Verein konnte an einer Kommissionssitzung seine Ziele, die finanzielle Beteiligung, das Sponsoring und die Vorstellungen bezüglich Bau und Betrieb aufzeigen.

In der kurzen Zeit ist es dem Verein gelungen, für den Bau der kompletten Variante Zusagen in der Höhe von rund Fr. 105'000.-- sicherzustellen. An seiner Hauptversammlung werden die Jugendlichen eingespannt und mit dem Quadratmeter-Sponsoring beginnen (1m² = 50.-). Mit weiteren potentiellen Hauptsponsoren sind sie in Verhandlung.

Die Vereinsmitglieder sind überzeugt, dass Arbon mit einem Skatepark an prominenter Lage an Attraktivität gewinnen wird. So wäre dieser Park der einzige im Oberthurgau und zwischen Kreuzlingen und Hard (A) am Bodensee. Durch Veranstaltungen von Events auf dem Skatepark wird Arbon über die Region hinaus an Aufmerksamkeit gewinnen.

Die weitere Entwicklung und Entfaltung des Skatepark-Vereins ist dadurch gesichert, dass junge Erwachsene in die Vorstandesarbeit integriert werden. Die Jugendlichen haben ihr Möglichstes für die Realisierung eines Skateparks in den letzten 5 Jahren (Unterschriftensammlung 2007) unter Beweis gestellt. Für dieses Engagement erlaube ich mir, den Jugendlichen und all denen, die mitgeholfen haben, einmal allen herzlich ein „Danke Schön“ zu sagen.

Nun ist der Weitblick in der Stadt der weiten Horizonte gefragt. Nun sind wir, liebe Parlamentsmitglieder gefordert, in diesen Teil der Gesellschaft, unserer Jugend, zu investieren. Wenn man Gründe sucht, eine Sache zu beerdigen, dann findet man immer welche.

Es gibt Leute, die eine Betonruine befürchten. Ich kann ihnen nicht versprechen, dass in 30 Jahren täglich 30 Jugendliche auf der Skateanlage sind, aber das Skaten ist sicher keine kurzfristige Modeerscheinung und wird noch viele Jahre attraktiv für Junge und Junggebliebene sein. Andere befürchten Lärmemissionen. Die werden sicher nicht grösser sein als das Rufen der Beach-Volleyballer oder die Musikanlagen der Gäste der Feuerstellen.

Der Verein ist sich sehr wohl bewusst, was auf sie zukommt und was von ihnen erwartet wird und sie sind bereit JA zu sagen. JA zu sagen zu einer Investition, wie vorher schon von Lukas Graf gesagt, mit 40 Prozent eigner Beteiligung. Sie sagen auch JA zu einer Leistungsvereinbarung.

Glauben wir daran und ergänzen wir hier in Arbon das Freizeitangebot mit einem Skatepark.

Bei dieser Vorlage geht es um Vertrauen. Wir vertrauen der Jugend und sorgen dafür, dass die Jugend nicht das Vertrauen in die Politik verliert. Diese Jugendlichen und der Verein Skatepark verdienen unser Vertrauen.

Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso stimmt dem Kredit von Fr. 300'000.-- zu und unterstützt somit den Bau des Skateparks Arbon.

Silke Sutter Heer, FDP: Kommen wir wieder einmal zu den Spielregeln dieses Parlaments. Wir sind beim Eintreten. Ich denke, die Kommission hat das Pulver verschossen, Jakob Auer hat das Pulver verschossen, können wir jetzt über das Eintreten abstimmen...

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir sind beim Eintreten.

Silke Sutter Heer, FDP: ..oder wirklich Voten zum Einstimmen führen. Es wurde nur materiell argumentiert bis jetzt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Zum Eintreten, ich sage es noch einmal.

Rosmarie Wenk, CVP/EVP: Nicht zum ersten Mal wird im Parlament zum Thema Skatepark diskutiert. Verschiedene Faktoren führten dazu, dass dieses Thema einige Male aktuell war, sei dies der Standort oder die finanziellen Mittel des Vereins Skatepark Arbon. Verschiedene Standorte wurden von der Stadt evaluiert. 800 Unterschriften von Jugendlichen gesammelt, ist eine stolze Anzahl, sie haben es nun verdient eine klare Antwort zu erhalten. In der materiellen Beratung wird von uns ein klarer Antrag gestellt. Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten zu der Botschaft des Stadtrates.

Christine Schuhwerk, FDP: Die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass Skateboarding als moderne Jugendsportart gilt und eine Gruppe Jugendlicher diesem Sport frönt. Grundsätzlich stehen wir der Förderung von Jugendlichen und deren Anliegen positiv gegenüber, jedoch müssen Nutzen und Kosten auch berücksichtigt werden. Eine Gleichbehandlung der Vereine sollte ebenfalls gewährleistet

sein. Näheres in der Detailberatung.

Seit 2008 ist das Projekt Skatepark ein Thema im Parlament. Immer wieder neue Varianten, neue Orte und neue Zahlen. Das Parlament hat an der Budgetsitzung 2011 vom Stadtrat eine Botschaft zum Projekt „Skatepark“ verlangt und diese liegt nun vor. Wir von der FDP-Fraktion sind der Meinung, dass wir heute endgültig über das Projekt Skatepark entscheiden sollten und sind für Eintreten.

Monika Strauss, SVP: Wir sind fürs Eintreten, wir wollen die Diskussion nicht verunmöglichen. Wir werden die Vorlage am Schluss ablehnen.

Die Fraktion der SVP bedankt sich bei Stadtrat Reto Stäheli und der vorberatenden Kommission für die geleistete Arbeit zu diesem Geschäft.

Wir sind grundsätzlich für die Förderung der Jugendlichen und deren Anliegen. So haben wir uns überzeugt für den Bau der neuen Sporthalle oder für höhere Beiträge an die Vereine ausgesprochen.

Stadtrat Reto Stäheli: Der Stadtrat hat im 2011 verschiedene neue Standorte für den Bau einer Skateparkanlage geprüft, wie schon mehrmals heute erwähnt. Als am besten geeignet stellte sich nach wie vor der Standort beim Seeparksaal heraus. Mit dieser Botschaft empfiehlt der Stadtrat den Standort beim Seeparksaal und beantragt ihnen, sich für die Variante 2 „nur Streetpark“ mit totalen Einmalkosten von Fr. 375'000.-- zu entscheiden. Dies unter anderem, weil die Fr. 75'000.-- welche der Verein Skatepark beibringen will, bereits gesichert sind.

Die nochmalige Evaluation des Standortes wurde seriös durchgeführt. Hauptkriterien wie Verkehr, Lage, Bauliche Voraussetzungen, Soziale Komponenten gaben den Ausschlag für die Bestätigung des Standorts. Der Standort liegt zudem direkt am Seeradweg. Diese Lage wird zusätzlich für eine aktive Nutzung der Anlage sprechen.

Der Stadtrat ist auch bereit die Variante 1 der Anlage „Street & Bowl“ zu erstellen, wenn der Verein die Fr. 177'000.--, welche es zusätzlich zu den Fr. 300'000.-- benötigt, beibringen kann.

Im Auftrag der parlamentarischen Kommission fragte das Ressort Bau die örtlichen Schulgemeinden sowie die politische Gemeinde Roggwil an. Von den angefragten Körperschaften erachtet es die Primarschulgemeinde Arbon als wichtig und richtig, dass der Skatepark nun endlich verwirklicht werden kann. Sie hat sich im Rahmen des Sponsorings mit einer einmaligen Zahlung von Fr. 2'000.-- für die Unterstützung des Skaterparks ausgesprochen.

Ich bitte sie für die Jugend, dem vorliegenden Antrag „Kredit für den Skatepark am Standort Seeparksaal, Variante2“, wie er vom Stadtrat beantragt wird, zuzustimmen

Präsidentin Elisabeth Torbler: Die Diskussion zum Eintreten ist geschlossen. Ich komme zur Abstimmung.

://: **Einstimmig wird beschlossen auf die Botschaft des Stadtrates „Skatepark“ einzutreten.**

Materielle Beratung

Kapar Hug, CVP/EVP: Schon mehrmals war der Skatepark in diesem Parlament ein Thema. Nun, so hoffe ich wenigstens, kann das Thema heute erledigt werden.

Die CVP/EVP-Fraktion hat sich ausführlich mit der ganzen Thematik befasst. Dabei sind folgende Argumente vorgetragen worden:

- Die Stadt muss haushälterisch mit ihren Finanzen umgehen. Das Wünschbare ist klar vom Machbaren zu trennen. Darum darf die Stadt nie einen solchen Park allein oder mit einem relativ kleinen Beitrag von dritter Seite realisieren.

- Eine Lösung ist nur möglich, wenn der Skateverein einen grossen finanziellen Beitrag leistet, respektive die dazu notwendigen Finanzen beschaffen kann.

Wie kann nun eine solche Lösung aussehen?

Im Budget 2012 sind Fr. 375'000.-- eingestellt bei Einnahmen (Sport-Toto etc.) von Fr. 75'000.--. Somit ist gemäss Budget eine Beteiligung von Fr. 300'000.-- der Stadt im Grundsatz heute schon eingeplant. Die Erstellung einer Anlage mit Street und Bowl würde gemäss Botschaft Kosten von Fr. 477'000.-- zur Folge haben.

Wir sind nun der Meinung, dass wir den Betrag von Fr. 300'000.-- bewilligen mit der Auflage, dass der Verein die fehlenden Fr. 177'000.-- aufbringen muss. Sei es durch Sport Toto, durch Sponsoring oder andere Aktivitäten. Erst wenn die fehlenden Fr. 177'000.-- bei der Stadt effektiv vorliegen, kann mit der Erstellung begonnen werden. Dieser Betrag muss bis spätestens Ende Jahr "auf dem Tisch" liegen, ansonsten das Thema Skaterpark endgültig ausser Traktanden gefallen ist.

Wir glauben, dass mit einer solchen Lösung das Thema endgültig gelöst werden könnte. Wenn der Verein den fehlenden Betrag beschaffen kann, ist auch Gewähr geboten, dass der Anlage Sorge getragen wird. Zu einer eigenen Anlage wird mehr geschaut, als wenn eine solche einfach durch die Stadt zur Verfügung gestellt wird. Wir sind der Meinung, dass das Parlament der heutigen Jugend die Chance bieten sollte, zu beweisen, dass sie fähig ist, ein Projekt bis und mit Finanzierung zu einem erfolgreichen Abschluss führen zu können.

Darum steht die CVP/EVP Fraktion einstimmig hinter dieser Lösung und bittet sie alle, dazu ebenfalls Hand zu bieten.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ist das ein Antrag, Kaspar Hug, dann müsste ich diesen dann schriftlich haben.

Cyrill Stadler, FDP: Das Projekt Skaterpark Arbon und der gleichnamige Verein haben einiges an Vorarbeit zum Projekt geleistet. Es wurden im Dezember 2007 rund 800 Unterschriften für eine Umsetzung gesammelt und der Stadt übergeben. Danach ist viel Zeit vergangen und die Realisierung ist noch nicht weitergekommen. Erst war es die Standortfrage, dann auch Fragen der Grösse und Gestaltung. Nun wird unserem Parlament ein Kredit über Fr. 300'000.-- beantragt, Fr. 177'000.-- soll über Spenden, Sponsoren und die Beteiligung vom kantonalen Lotteriefond beigesteuert werden.

Die vorberatende Kommission hat sich ausführlich mit dem Geschäft auseinander gesetzt und dann doch ein erstaunliches Resultat zusammen gebracht. Man entschied sich für den Vollausbau auf der einen Seite. Auf die Frage ob gebaut werden soll oder nicht, kam ein Unentschieden oder ein Patt zustande.

Wir haben diesen Kreditentscheid an einer Fraktionssitzung in der FDP, quasi unter alten Schwachmatten im Parlament, ich zitiere hier unseren Parlamentskollegen Felix Heller auf der Social Media Plattform vom 14.02.2012, 22.22 Uhr, wir haben also diesen Vorschlag in der Fraktion diskutiert und darauf auch noch an einer FDP-Parteiversammlung.

Verschiedenen Vereinen wurde schon die Möglichkeit geboten, auf Land von der Stadt Arbon ein Projekt zu verwirklichen. So zum Beispiel dem Volleyballclub, welcher hinter dem Seeparksaal das Beachvolly-Volleyballfeld erstellt hat und auch betreibt, der Seeclub, welcher auf dem Gelände beim Wäscheplatz ein Clubhaus erstellt hat und dieses auch unterhält und betreibt, der Fischereiverein ebenfalls ein Clubhaus in Seenähe. Auch der Fussballclub hat in Fronarbeit und mit Spenden ein Clubhaus erstellt. Für die FDP, die Liberalen Arbon ist dieses Modell der Einbindung der Vereine ein Erfolgsmodell. Einerseits stellt die Stadt den Boden für die Aktivitäten der Vereine zur Verfügung, auf der anderen Seite steht für die Erstellung, den Betrieb und den Unterhalt jeweils auch eine in die Pflicht genommene Institution bereit.

Es ist für uns nicht ausgeschlossen, dass die Stadt sich an den Kosten beteiligt, allerdings nicht in dem beantragten Umfang von 60 Prozent. Der Verein Skatepark Arbon soll mehr in die Pflicht genommen werden und entsprechend Projekte erstellen und sich Gedanken machen müssen, wie die angekündigten Kontests in Arbon angesiedelt werden und wie solche auch sponsoring-technisch umgesetzt werden können. Damit kann der Verein neben Mitgliederbeiträgen jährlich wiederkehrende Sponsoreneinnahmen generieren. Damit können dann einerseits Unterhaltskosten und gegebenenfalls Darlehens- oder Amortisationskosten übernommen werden, mit den bestehenden Mitgliederbeiträgen des Vereins. Wenn gegebenenfalls ca. 100 Familien mitmachen würden, (der Vereinsbeitrag für Mitglieder-Familien wurde auf Fr. 100.-- angesetzt), wären bereits Fr. 10'000.-- pro Jahr eingenommen. Wenn nun noch zwei solche Kontests, von ca. Fr. 5'000.--dazu kämen, Festwirtschaft, Sponsoren etc.), so könnten schon ca. Fr. 20'000.-- pro Jahr zusammenkommen. Damit könnte zum Beispiel von einer ortsansässigen Bank ein gesprochenes Darlehen von ca. Fr. 150'000.--in 10 Jahren inkl. Zinsen problemlos zurückbezahlt werden.

Wenn der Verein, wie versprochen noch Fr. 177'000.-- aufbringt, dann fehlen noch ca. Fr. 150'000.-- für den Bau der Vollvariante. Mit einer gezielten Spendenaktion in Arbon und den umliegenden Gemeinden, das ist uns wichtig, dass auch die umliegenden Gemeinden eingebunden werden. Die Erfahrungen mit dem Skaterpark in St. Gallen haben gezeigt, dass nicht nur Ortsansässige einen solchen Park nützen und da wäre diese Einbindung sicher sinnvoll. Gegebenenfalls unterstützt mit einer Starthilfe von der Stadt Arbon, im Rahmen der stadträtlichen Kompetenz, könnte der Realisierung dieses unterstützungswürdigen Projekts nichts mehr im Wege stehen.

Wir lehnen den Kreditantrag für den Skatepark ab, werden aber im Anschluss einen Antrag stellen, dass dem Verein Skatepark das Land für die Erstellung des Parks zur Verfügung gestellt wird.

Monika Strauss, SVP: Beim Projekt Skatepark sind wir von der SVP-Fraktion skeptisch. Ich habe mich intensiv mit diesem Projekt auseinandergesetzt. Aus diesem Grund war ich in Weinfelden und in Frauenfeld, um die jeweiligen Skaterparks vor Ort zu besichtigen, damit ich mir die Dimensionen einer solchen Anlage vorstellen kann. Aufgefallen sind mir dabei nicht nur die schlechten Frequenzen dieser Anlagen, sondern auch die Verschmutzung und Unordnung.

Es ist geplant, dass dieser Skaterpark im Gebiet des Seeparksaals, direkt neben dem Naturschutzgebiet gebaut wird. Bei schönem Wetter flanieren durch dieses Gebiet beim Seeparksaal die Touristen und die Bevölkerung von Arbon in Scharen. Dieses Gebiet wird als Naherholungszone sehr geschätzt. Der Anblick eines solchen Betonklotzes in einer so harmonischen Umgebung wäre nach meiner Ansicht fatal.

Nicht zu verantworten sind angesichts der Finanzen unserer Stadt die hohen Kosten. Sie betragen für die Stadt ca. Fr. 300'00.--, dazu kommen noch die jährlichen Unterhaltskosten von ca. Fr. 4'000.--. Erstaunlich, dass die angrenzenden Schulgemeinden kein Interesse haben, sich finanziell an diesem Projekt zu beteiligen. Wir finden es nicht gerechtfertigt, für eine kleine Randsportart die Stadt so stark zu belasten. Man sollte in finanziell so schwierigen Zeiten einfach das Notwendige vom Wünschbaren trennen. Darum spricht sich die SVP-Fraktion gegen den Kredit für einen Skatepark in Arbon aus.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Zuerst einmal möchte ich mich entschuldigen für diesen ungeschickten Kraftausdruck, der politisch nicht korrekt war. Er war allerdings alles andere als persönlich gemeint und ich finde es auch ungeschickt, das hier in die Diskussion einzubringen. Übrigens haben auch diejenigen, welche sich unter alten Schwachmatten angesprochen fühlten, die Chance zu beweisen, dass sie eben doch ihre geistige Jugendlichkeit und ihre Weitsichtigkeit behalten haben.

Seit langem wird das Projekt Skatepark nun schon auf die lange Bank geschoben. Die Ausdauer, die die Jugendlichen und der Verein Skatepark in den letzten Jahren gezeigt haben, verdient grossen Respekt. Als wäre dieses Engagement nicht schon genug, ist der Verein auch noch bereit, 40 Prozent der Erstellungskosten selbst zu beschaffen. Der Skatepark ist ein Bedürfnis: Die Umfrage der Kinder- und Jugendarbeit, die Petition von 2007, die Gründung des Vereins, das Engagement in

den letzten Jahren, so wie die vielen jugendlichen und erwachsenen Interessenten, die heute erschienen sind, sollten Beweis genug dafür sein. Und liebe FDP, wenn ihr schon bei Pro-Skateparkgruppen rumschnüffelt, hättet ihr auch sehen können, wie gross die Unterstützung ist. Skateparks werden nicht nur von Skateboardern, sondern auch von Inlineskatern und BMX-Fahrern genutzt. Wer behauptet, dies seien Randsportarten, war noch nie in einem Skatepark oder auch noch nie am SlowUp. Nicht nur, aber gerade auch unter Jugendlichen sind diese Sportarten weit verbreitet.

Deshalb: Ein Nein des Parlamentes zu diesem Projekt käme einem politischen Faustschlag ins Gesicht von uns Jugendlichen gleich. Ich finde es traurig, mit wie viel Ignoranz und Vorurteilen man den Skatern begegnet. Die gleichen Leute, die behaupten, der Skatepark würde kaum genutzt werden, mit anderen Worten jene Leute, die keine Ahnung von Skaten und keine Skater kennen, sprechen bereits im Vorhinein von Abfall-, Lärm, Alkohol- und Drogenproblemen. Wir sprechen von einem Sport, von einem Hobby, von Jugendlichen, die einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen. Alkohol und Drogen haben im Sport nichts verloren und wer glaubt, diese seien unanständige Rowdys, soll sich doch erst mal mit ihnen unterhalten. Zudem ist gleich neben dem geplanten Standort ein Beachvolleyball-Feld. Warum sollen denn Skater so viel schlimmer als Beachvolleyballer und Beachvolleyballerinnen sein?

Es gibt ein weiteres Argument, das mich sauer aufstossen lässt. Die Frage ist nämlich nicht: Kann sich Arbon einen Skatepark leisten? Nein. Die Frage ist: Wollen wir uns einen Skatepark leisten oder nicht? Wir renovieren jahrhundertealte Fresken im Kappeli mit dem Argument, dass die keinen Tag länger so stehen bleiben können, wir bauen ein neues Friedhofsgärtnerhaus, wir bauen Strassen. Nicht dass ich gegen all dies wäre, ich möchte diese Projekte auch nicht gegeneinander ausspielen. Aber wann tut die Stadt auch mal etwas für uns Jugendliche? Wann werden unsere Anliegen umgesetzt? Warum wundert man sich, dass sich die Jugendlichen nicht für Politik interessieren, wenn sich Politiker und Politikerinnen anscheinend nicht für die Jugendlichen interessieren?

Ich weiss, dass die Meinungen wahrscheinlich schon bei den meisten gemacht sind, während wir hier diskutieren. Aber ich bitte sie, sich diese Entscheidung nochmals gut zu überlegen. Denken sie vor allem auch an die Arboner Jugend. Das Signal, das wir mit einem Nein aussenden würden, wäre frustrierend und bedenklich für unsere Stadt. Und wenn sie trotzdem gegen den Skatepark sind, dann geben sie doch nicht Arbon die Schuld dafür. Das tun Sie nämlich, wenn Sie sagen: Arbon könne es sich nicht leisten. Erstens ist dies eine Ausrede und sie drücken sich vor einer Entscheidung, und zweitens können gerade die Jugendlichen überhaupt nichts für diese finanzielle Situation. Die Entscheidung liegt bei ihnen. Stehen sie hin und zeigen sie, was ihnen die Arboner Jugend bedeutet.

Hanspeter Belloni, SVP: Mit grossem Interesse habe auch ich den Bericht und die Anträge der Kommission gelesen. Die verschiedenen Punkte wurden intensiv innerhalb der SVP-Fraktion diskutiert. Gerne schliesse ich mich dem Dank diesbezüglich von Monika Strauss an. Die Kommission hatte keine leichte Aufgabe, geht es doch auch um die Arboner Jugend.

Erlauben Sie mir ein paar zusätzliche Gedanken.

Mittlerweile diskutieren wir schon seit 5 Jahren über einen möglichen Skatepark in Arbon. Leider wurden den Verantwortlichen vom Stadtrat immer wieder leere Versprechungen gemacht, die sie selber nicht einhalten konnten. An dieser Stelle finde ich das Vorgehen des Stadtrates alles andere als dankbar.

Jetzt gilt es ein Zeichen zu setzen und endlich offen und ehrlich den Verantwortlichen eine Antwort zu geben.

Die SVP-Fraktion gratuliert dem Verein Skatepark für ihre Hartnäckigkeit und den Durchhaltewillen zu diesem Projekt. Gratulation für die 800 gesammelten Unterschriften. Die SVP-Fraktion weiss aus eigener Erfahrung, wie viel Arbeit dahinter steckt. Zu würdigen gilt vor allem das Engagement der beiden Initianten Jürg Schmid und Ralph Kugler. Sie setzen sich für die Arboner Jugend ein und lassen auch bei Gegenwind nicht locker.

Bereits beim Parlamentstermin im Dezember habe ich darauf hingewiesen, dass Skateboarding eine Randsportart ist, Trend hin oder her, wie auch der Schwimmsport. Ich stehe dazu, Felix Heller, Roman Buff und weitere Ärzte werden bestimmt bestätigen, dass es nicht unbedingt eine gefahrlose Sportart ist. Aber immerhin sind damit die Skateboarder weg von der Strasse. Diese Sportart spricht keine breite Bevölkerungsschicht an, aber mit dem Skatepark sprechen wir die Arboner-Jugend und damit die zukünftigen Steuerzahler an. Persönlich finde ich, dass Arbon bereits über ein breites Sportangebot verfügt. Mir tun die Eltern leid, die Kinder haben, die alles ausprobieren möchten, da wachsen doch einige Franken zusammen.

Zum Standort möchte ich nur sagen: Ich bin erstaunt, dass sich nicht bereits Naturschützer gemeldet haben.

Gemäss dem Planer Erwin Rechsteiner von der Firma Bowl Construction resultieren die massiv höheren Kosten aus den unterschiedlichen Bodenverhältnissen gegenüber Weinfelden und Frauenfeld. Was wir nicht verstehen, ist die Aussage von Stadtrat Reto Stäheli, der damit rechnet, dass bei der Bauvergabe eventuell noch Kosten eingespart werden können. Die Diskussionen über den Bau des Friedhofgärtnerhauses lassen grüssen.

Wie sieht es mit den Verbänden aus? Als Präsident der Genossenschaft Hallenbad Arbon war ich stets in Kontakt mit den Verbänden. Ich habe niemals etwas davon gelesen, nirgends, in keinem Artikel. Interessant dabei wäre auch die Haltung der IG-Sport Region Arbon. Wir haben von dieser Seite bis heute ebenfalls nichts gehört.

Wie bereits von Monika Strauss erwähnt, ist die SVP-Fraktion einstimmig gegen den Bau eines Skateparks, aber nicht weil wir gegen die Arboner Jugend sind. Schliesslich sind diese Jugendlichen die zukünftigen Steuerzahler. Wir aber tragen die Verantwortung und zwar jetzt und heute. Und das hat, Jakob Auer, nichts mit Vertrauen zu tun und schon gar nicht mit dem Alter, Felix Heller.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Politische Arbeit erfordert Ausdauer. Ausdauer haben diese Jugendlichen oder eigentlich nicht mehr Jugendlichen, sondern jungen Erwachsenen bewiesen. Seit fünf Jahren setzen sie sich für diesen Skatepark ein. Es geht nicht an, dass wir jetzt irgendwelche Schwarzpeterspiele spielen da, und zum Stadtrat - zum Parlament hin und herschieben, wir müssen jetzt entscheiden. Und ich denke, wir müssen für die Jugend entscheiden.

Wir müssen für eine neue Sportart entscheiden, eine Randportart zugegebenermassen, aber ich denke, Hanspeter Belloni, der Schwimmklub wäre froh, wenn so viele Jugendliche regelmässig ins Training des Schwimmclubs kommen würden, und der Schwimmclub bezahlt wahrscheinlich nicht 70 Prozent des Schwimmbassins. Ich finde, die Jugendlichen haben breite Unterstützung verdient, die Zahlen beweisen es. Sie haben bereits über Fr. 100'000.-- beschaffen können. Sie sind willens, weiter Geld zu beschaffen und diese Forderung, Fr. 177'000.-- zu beschaffen, die da Kaspar Hug namens der CVP angeführt hat, da machen die mit. Ich mache auch mit bei diesem Antrag, Kaspar Hug. Ich finde, das wäre ein guter Mittelweg, zu einem die Jugendlichen, die jungen Erwachsenen für ihren Durchhaltewillen zu belohnen, zu sagen, jawohl wir tun etwas für die Jugend, und nicht nur sagen, wir wollen etwas für die Jugend tun, und auf der anderen Seite berücksichtigen wir die begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Stadt, die immerhin doch ein paar Millionen in den Strassenbau investiert. Da dürfte etwas für die Jugendlichen noch abfallen.

Claudia Zürcher, FDP: Peter Gubser hat irgendetwas von Zahlen gesagt: Da ist mir der Gedanke durch den Kopf gegangen, wie viele dieser 800 Unterschriften sind von Jugendlichen aus Arbon? Wieviele dieser Jugendlichen, die hier sitzen, sind wirklich aus Arbon? Vielleicht müssen wir uns auch einmal darüber Gedanken machen, was kommt alles von Arbon, was bringt Arbon alles und wie viel wird von den umliegenden Gemeinden gebracht.

Stadtammann Martin Klöti: Die hohen Kosten für dieses Projekt werden vorgeschieben, sie sind wie schon oft ein Killerargument. Ich wundere mich darüber, dass dieses Argument überhaupt ziehen soll. Gerne erinnere ich an dieser Stelle, dass die Stadt Arbon im Schnitt der letzten sechs Jahre ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen hat. Sechs Jahre lang im Schnitt haben wir nicht mehr Geld ausgegeben als eingenommen und das ist unser Auftrag, den haben wir erfüllen können. Es sei

ihnen auch Dank für die Budgetberatungen, die nicht immer ganz einfach waren, aber wir haben es zusammen geschafft. Die Stadt Arbon ist die Stadt der weiten Horizonte und ich verstehe daher nicht, warum Jugendliche von anderen Gemeinden an einem solchen Park nicht ihren Spass haben dürfen, das ist ein schlechtes Signal nach aussen.

Anders verhält sich das bei einer Entsorgungsstelle, bei welcher wir in Behördenkonferenzen stundenlang mit Kollegen diskutiert haben, ob sie sich vielleicht beteiligen würden, und sie haben sich nicht beteiligen wollen. Erst jetzt, wo wir sie wegweisen, kommen die ersten kleinen Töne.

Aber hier bei Fr. 300'000.--, die die Stadt aufwendet und bei Fr 177'000.--, die gesammelt werden, ist dieses Verhältnis wahrlich anders. Ich wünschte, es ginge hier heute Abend im Sinne der Jugendlichen aus.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Sind keine weiteren Voten, kommen wir zur Abstimmung. Ich möchte Ihnen erläutern, wie ich abstimmen lasse.

Wir haben zwei Anträge. Einerseits der Antrag klein, die Variante 2 vom Stadtrat nur der Streetpark für Fr. 375'000.--, oder den von der Kommission vorgeschlagenen Antrag, die grössere Variante mit Street und Bowl für Fr. 477'000.--. Nachher kommt die Abstimmung des Antrags von Kaspar Hug, CVP, für die Fr. 300'000.-- und die Fr. 177'000.-- vom Verein.

Ich wiederhole nochmals: Antrag Variante gross von der Kommission gegen den Antrag Variante klein vom Stadtrat.

Die Abstimmung muss wiederholt werden. Ich werde das Vorgehen nochmals erläutern. Wir haben zwei Varianten. Wir haben einerseits den Kredit Fr. 477'000.--, wie von der Kommission vorgeschlagen. Dann haben wir den Kredit Fr. 375'000.--, wie vom Stadtrat vorgeschlagen. Der Antrag von Kaspar Hug, Beitrag Stadt Fr. 300'000.--, Skateparkverein Fr. 177'000.--, wenn die Variante für Fr. 477'000.-- angenommen wird, wird nachher abgestimmt meines Erachtens. Das ist ein Unterantrag zum Antrag von Fr. 477'000.--. Es ist ein wenig kompliziert, wir stimmen nochmals ab.

://: **Der Antrag der Kommission, Variante 1 Street mit Bowl, Fr. 477'000.-- obsiegt mit 20 Stimmen bei 8 Enthaltungen.**

Nun stellen wir den Kredit von Fr. 477'000.-- zur Abstimmung. Wir müssen zuerst über den Kredit abstimmen, wir sind jetzt bei der Variante 1, die grosse Variante ja oder nein. Wenn hier die grosse Variante angenommen wird, dann kommt der Antrag von Kaspar Hug meines Erachtens.

Riquet Heller, FDP: Meines Erachtens ist die 1. Runde korrekt verlaufen, indem der Unterantrag des Stadtrates dem Hauptantrag der Kommission gegenübergesetzt wurde. Der Kommissionsantrag hat obsiegt. Jetzt kommt ein weiterer Unterantrag, der ist von Kaspar Hug gestellt worden ist, der wird jetzt auch gegenübergestellt. Dann kommt noch der Grundsatzantrag, ob wir den Kredit überhaupt sprechen wollen. So ist meines Erachtens richtig vorzugehen.

Silke Sutter Heer, FDP: Ich denke, beide Varianten können so durchgeführt werden, wenn wir jetzt den Kreditentscheid fällen, den Grundsatzentscheid, dann fällt entweder der Antrag von Kaspar Hug, CVP, weg. Wenn zum Kredit Nein gesagt wird, dann wird er obsolet, nichtig, gegenstandslos. Wenn wir Ja sagen zum Kredit von Fr. 477'000.--, bin ich der Meinung, dann sollte es zur Abstimmung zum Antrag von Kaspar Hug kommen, denn dann hat er überhaupt noch eine Basis. Es ist dieses Mal etwas kompliziert, ich denke aber, das ist das logische Vorgehen, wenn wir jetzt den Entscheid fällen, wird der Kredit von Fr. 477'000.-- gutgeheissen, ja oder nein und dann den Antrag von Kaspar Hug behandeln.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich denke es ist so. Ich werde jetzt die Abstimmung so vornehmen.

Stadtamtmann Martin Klöti: Nach meinem Verständnis ist es ein Unterschied, ob man abstimmt über Fr. 477'000.-- oder über nur Fr. 300'000.-- einen Kredit zu sprechen. Letztlich gibt die Stadt

Fr. 300'000.-- aus oder Fr. 477'000.--, nicht. Wenn ihr den grossen Antrag hier abschmettert, dann stehen wir mit nichts da. Wenn wir aber jetzt unterscheiden, Antrag Hug, der sagt, sie sollen die Fr. 177'000.-- beibringen, dann ist es einfacher für das Parlament den Fr. 300'000.-- Ja zu sagen, als jetzt den Fr. 477'000.-- Das ist nach meinem Verständnis so.

Silke Sutter Heer, FDP: Ich glaube es ist alles falsch. Ich glaube, was wir jetzt vermischen, dass wir über zwei Varianten diskutieren, die gar nie Thema waren. Es war immer Thema, dass die Stadt einen Kredit von Fr. 300'000.-- spricht und was wir jetzt machen, wir diskutieren, was schlussendlich gebaut wird. Was schlussendlich gebaut wird, ist unabhängig davon, von der Frage von was schlussendlich an Sponsorengeldern überhaupt zusammen kommen könnte und was zusammen kommen wird. Der Grundkredit ist unabhängig davon, was passiert mit Fr. 300'000.--. Von daher hat es eine Verwirrung gegeben, weil die Kommission auch nie den Antrag gestellt hat. Es soll ein Kredit von Fr. 477'000.-- gesprochen werden, wenn ich das richtig verstehne. Es war auch da die Rede von einem Kredit von Fr. 300'000.-- und damit gab es eine Übereinstimmung mit dem Kreditantrag des Stadtrates, der aber noch für die kleine Variante sich ausgesprochen hat, und heute wieder ausgesprochen hat. Der Stadtrat hat seinen Antrag auf die Variante 2 nicht zurückgezogen, trotz des Angebotes vom Skateverein, dass sie die Fr. 177'000.-- aufbringen werden. Der Kreditantrag ist in beiden Fällen, Kommission und Stadtrat Fr. 300'000.--. Was wir mit dieser Variante machen, die die Kommission ins Spiel gebracht hat, ist mir nicht ganz klar.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Ich lese hier im Kommissionsbericht: „Die Kommission beantragt ihnen mit 5 zu 0 Stimmen, den kompletten Skatepark (Variante 1) der reduzierten Variante 2 vorzuziehen und kann zum Entscheid, ob die Variante 1 gebaut werden soll oder nicht, mit 2 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung keine Empfehlung abgeben.“

Silke Sutter Heer: Der Kreditantrag ist Fr. 300'000.-- und wir entscheiden über einen Kreditantrag und nicht über ein Bauprojekt im Moment, und wirklich nur über den Kreditantrag.

Ich möchte beantragen, dass wir fünf Minuten Pause machen und dass diejenigen, die verantwortlich sind für diese Anträge, einmal Köpfe zusammen stecken, ob sie nicht zuallerletzt den gleichen Antrag stellen. Was nachher hinten herauskommt, ist eine Frage der Verhandlungen und allfälligen Sponsorengelder. Beide stellen einen Kreditantrag über Fr. 300'000.--, es geht danach um die Frage, was wird gebaut, wenn der Kreditantrag angenommen wird.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Besten Dank, Silke Sutter Heer, aber ich sehe da in der Botschaft: „Der Stadtrat beantragt ihnen, der Variante 2, „nur Streetpark“ am Standort beim Seeparksaal, Schätzung total Einmalkosten Fr. 375'000.-- mit Option eines späteren Ausbaus zu Variante 1 zuzustimmen.“ Das ist der Antrag des Stadtrates

Wir machen fünf Minuten Pause bis 20.45 Uhr und danach kommen wir zusammen.

Fortsetzung der Sitzung um 20.50 Uhr.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir sind übereingekommen, dass wir zuerst über den Antrag von Kaspar Hug, CVP, abstimmen. Der Antrag lautet: Beitrag Stadt Fr. 300'000.-- (wie im Budget 2012), Beitrag Skateverein Fr. 177'000.--, Beitrag muss bis spätestens Ende 2012 bei der Stadt vorliegen. Vorher darf nicht gebaut werden.

://: **Dem Antrag von Kaspar Hug, CVP wird mit 18 Stimmen zugestimmt.**

Wir haben vorher der Variante 1 mit Fr. 477'000.-- zugestimmt und nun den Antrag vom Kaspar Hug, dass der Beitrag von Fr. 177'000.-- vorher beigebracht und die Stadt Fr. 300'000.-- bezahlt, angenommen. Nun kommt noch die Abstimmung ob sie überhaupt einen Kredit sprechen wollen oder nicht.

://: **Der Kredit von Fr. 300'000.-- für den Bau einer Skateanlage wird mit 14 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

Cyrill Stadler, FDP. Die FDP-Fraktion stellt folgende Anträge:

1. Die Stadt Arbon stellt dem Verein Skatepark das Land für die Einrichtung einer Skateparkanlage am Standort Seeparksaal ($730m^2$) kostenlos zur Verfügung.
2. Dem Verein Saktepark seien in diesem Zusammenhang folgende Auflagen zu machen:
 - a) Der Skatepark ist innert zwei Jahren zu errichten, ansonsten die Zusprache des Lands hinfällig wird.
 - b) Der Verein Skatepark muss für die jährlichen Unterhaltskosten aufkommen.

Der Stadtrat wird beauftragt eine entsprechende Vereinbarung mit dem Verein Skatepark zu treffen.

Werner Keller, FDP: Den Antrag von Cyril Stadler, FDP unterstütze ich mit den folgenden Begründungen:

Wir von der FDP sind für die Jugendförderung und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Als ehemaliges Vorstandsmitglied (Verantwortlicher für das Sponsoring) vom Pfadiverein Arbon kann ich aus dem Vollen schöpfen, wenn es um eine gröbere Realisierung, das heisst ein wünschenswertes Projekt zugunsten der Jugend in die Tat umzusetzen gilt. Es geht um das Projekt Pfadidörfli am Fallentürlbach. Die Baukosten betrugen damals ca. Fr. 550'000.-- ohne Land. Es besteht ein Pachtvertrag mit der Stadt zu sehr günstigen Konditionen. Diese Investition ist sicher zu vergleichen mit dem Skatepark, denn es ist beides für Jugendliche, auch wenn der Skatepark für die Öffentlichkeit ist. Das Projektziel ist sicher vergleichbar, es dient der Jugendförderung.

Und nun ein Auszug über das damalige Finanzierungs-Modell:

Eigenfinanzierung: Eigenkapital, Anteilscheine, Mittel aus Veranstaltungen Pfadi 20 Prozent, Fr. 110'000.--.

Eigenleistungen: Frondienst / Materialspende / X hundert Frondienststunden über 3 Jahre 33 Prozent, Fr. 181'000.--.

Beiträge aus Lotteriefonds, Beiträge öffentliche Hand inkl. Nachbargemeinden, 37 Prozent Fr. 204'000.--.

Spenden: 10 Prozent, Fr. 55'000.--.

Also liebe Verantwortliche und Mitglieder vom Skateverein, mit unserem Antrag von der FDP sind die Weichen gestellt für einen Skatepark in Arbon. Es braucht nun eure Initiative, Ideen und harte Knochenarbeit bei der Umsetzung. Ich bin überzeugt, dass dieses Ziel realistisch ist und ich wünsche euch viel Erfolg.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich bin äusserst enttäuscht über das negative Abstimmungsresultat für all diese Jugendlichen. Der Antrag der FDP, der mutet in dieser Situation wirklich merkwürdig an. Werner Keller, du kannst doch diesen öffentlichen Skatepark nicht vergleichen mit einem Pfadiheim. Ein Pfadiheim ist eigentliche eine völlig private Sache, die nur privaten Personen zur Verfügung steht und die nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Ausserdem weiss ich auch als ebenfalls alter Pfadi- und Mitglied einer APV Vereinigung, dass eben gerade die alten und ehemaligen Pfadis diejenigen sind, die dann das Geld beschaffen, um ein Pfadiheim zu erstellen. Dies ist ein völlig anderer Fall. Ich widersetze mich sicher nicht dem Antrag, dem Verein Skatepark das Land kostenlos zur Verfügung zu stellen, aber ich kann mich nicht begeistern für diesen fadenscheinigen Antrag der FDP.

Roland Schöni, SVP: Ich habe am Resultat dieser Abstimmung auch keine Freude, aber es musste sein. Die Variante der FDP lehnen wir von der SVP-Fraktion ebenfalls ab. Sie ist nicht fair gegenüber den Jugendlichen. Wir geben ihnen eine Aufgabe, die sie nicht zu stemmen vermögen. Das ist eine Scheinlösung, da sagen wir lieber klipp und klar, nein.

Stadtammann Martin Klöti: Der Stadtrat hat sich inzwischen besprochen. Der Stadtrat ist bereit mit dem Verein über die Finanzierung zu reden.

Ich gebe ein kleines Beispiel: Wir haben auch in die Stiftung 150 Jahre Saurermuseum Fr. 200'000.-- gegeben für eine gute Sache. Im Budget stehen Fr. 300'000.--, was nicht heisst, dass der Stadtrat einen solchen Betrag sprechen könnte. Aber der Stadtrat kann einen Betrag sprechen und wir werden mit dem Verein Skatepark darüber verhandeln.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Martin Klöti, ich finde, du desavouierst mit dieser Aussage den Willen des Parlaments. Wir haben hier abgestimmt und die Befürworter des Skatelparks sind unterlegen und die Gegner haben dagegen gestimmt, aus was für Gründen auch immer. Ich finde es nicht so ideal, wenn der Stadtrat mit einer solchen Bemerkung die Arbeit des Parlaments desavouiert. Wir sind hier das Parlament und haben demokratisch abgestimmt und ich bin der Meinung, dass das nicht eine gute Variante ist.

Im Weiteren muss ich über den FDP-Antrag abstimmen lassen, dass der Stadtrat diesen Auftrag vom Parlament erhält, einen solchen Vertrag auszuarbeiten.

://: **Dem Antrag von Cyril Stadler, FDP wird mit 15 zu 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.**

Somit wird der Stadtrat beauftragt, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Verein Skatelpark zu treffen.

Ich möchte an dieser Stelle Lukas Graf und seiner Kommission danken für die grosse Arbeit, die sie geleistet haben, sie war ziemlich umfangreich. Ich möchte auch allen anderen danken, die mich hier in diesem Geschäft unterstützt haben.

4. Motion „Gemeindeordnung der Stadt Arbon vom 27. Juni 2006

Beantwortung, Diskussion, Beschluss

Ich übergebe das Wort dem Motionär Peter Gubser.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meiner Motion und sie können sich vorstellen, dass ich mit der Beantwortung der Motion vollauf zufrieden bin. Ich beharre aber nicht darauf, dass jetzt diese Motion noch in diesem Jahr oder diesem Quartal umgesetzt wird. Ich weiss, dass es verschiedene andere Revisionspunkte gibt, die man anpacken müsste und ich stelle mir vor, dass vielleicht ein Gesamtpaket zur Revision unseres Grundgesetzes, vielleicht im kommenden Jahr auf den Tisch kommt, aber sicher noch vor den nächsten Wahlen, damit wir da Klarheit haben.

Silke Sutter Heer, FDP: Die FDP unterstützt dieses Anliegen ebenfalls, wir hätten aber eine Anregung. Uns ist bekannt, dass es bereits eine Sammlung solcher Änderungen gibt, dass diese in die Fraktionen gesandt werden, damit diese angeschaut werden können und wir uns in den Fraktionen Gedanken machen, was noch alles in so eine Revision gepackt werden müsste, weil das eine Volksabstimmung gibt. Da wäre es wirklich sinnvoll, wenn das in einer Teilrevision alles zusammenfasst werden könnte.

Astrid Straub, SVP: Die Fraktion der SVP bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Motion. Die SVP-Fraktion befürwortet die Motion, sie schafft den Blick auf die geltende kantonale Regelung, auch in Arbon Klarheit und Rechtssicherheit. Für die Umsetzung jedoch können wir uns Zeit lassen, da die nächsten Parlamentswahlen erst im Jahr 2015 stattfinden. Eine Änderung der Gemeindeordnung muss deswegen nicht gleich in die Hand genommen werden. Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Büro, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob allenfalls eine grössere Revision der Gemeindeordnung vorgenommen werden soll. Die letzte grössere Revision fand ja bereits vor sieben Jahren statt. In diesem Sinne spricht sich die SVP-Fraktion für die Erheblicherklärung der Motion aus.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir stimmen nun gemäss Art. 44 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements darüber ab ob, die Motion erheblich erklärt werden soll.

://: **Die Motion wird, wie vom Stadtrat empfohlen, einstimmig als erheblich erklärt.**

Präsidentin Elisabeth Tobler: Gemäss Geschäftsreglement Art. 44 Abs. 4 müssen wir darüber entscheiden ob das Geschäft an eine Kommission oder an den Stadtrat überwiesen wird.

://: **Einstimmig wird das Geschäft an den Stadtrat zur Bearbeitung überwiesen.**

Das Geschäft wird an den Stadtrat verwiesen und er wird alle Änderungswünsche entgegen nehmen und die Liste berücksichtigen, die wir bereits am Aufstellen sind und sodann nachher einen Vorschlag machen, den wir dann in einer Kommission diskutieren können.

5. **Interpellation „Auswirkungen der Ortszulage für das städtische Personal“** Beantwortung, Diskussion

Ich übergebe das Wort dem Interpellanten für eine kurze Stellungnahme, ob er von der Antwort befriedigt ist oder nicht.

Andrea Vonlanthen, SVP: Gerne gebe ich Ihnen die kurze Erklärung:

- Die Ortszulage von Fr. 500.-- wurde vor drei Jahren eingeführt, um das städtische Personal zu motivieren, den Wohnsitz in Arbon zu wählen. Der Antrag wurde damals mit der klaren Absicht gestellt, die Auswirkungen nach einer gewissen Zeit zu überprüfen. Nun stellt der Stadtrat unmissverständlich fest, die Ortszulage bringe nichts.
- Jetzt stellen sich schon ein paar Fragen: Ist es überhaupt erwünscht, dass städtische Angestellte in Arbon wohnen? Mit welchen Mitteln könnten sie dazu bewegt werden? Was soll nun mit der Ortszulage geschehen?
- Darüber sollte offen diskutiert werden. Darum beantrage ich Ihnen Diskussion zu dieser Interpellation.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wir stimmen darüber ab, ob eine Diskussion geführt werden soll.

.//. **Einer Diskussion über die Interpellation „Auswirkungen der Ortszulage für das Städtische Personal“ wird mit 15 zu 11 Stimmen zugestimmt.**

Andrea Vonlanthen, SVP: Vielen Dank für diese mehrheitliche Gesprächsbereitschaft. Das Thema ist nicht neu. Unsere Kollegin Ursula Gentsch hatte schon 2003 in einer der allerersten Parlamentssitzungen einen Vorstoss dazu eingereicht. Als nun 2008 das Personal- und Besoldungsreglement revidiert wurde, haben wir uns an die damalige Diskussion erinnert und die Idee der Ortszulage eingebracht.

Nach drei Jahren stellt der Stadtrat nun fest, die Ortszulage trage kaum dazu bei, dass sich Mitarbeitende eher für Arbon als Wohnort entscheiden. Die Statistik belegt gar eine deutliche Abnahme: Wohnten 2009 noch 55 Prozent der städtischen Angestellten in Arbon, sind es nun gerade noch 42 Prozent.

1. Frage: Ist es denn erwünscht, dass die Leute in Arbon wohnen?
Es mag Fälle geben (zum Beispiel bei Mitarbeitenden vom Sozialamt), bei denen ein auswärtiger Wohnsitz sinnvoll ist. Im Prinzip aber sprechen die höhere Identifikation, der Steuerertrag, die Verfügbarkeit und nicht zuletzt auch ökologische Aspekte für den Wohnsitz Arbon.
2. Frage: Wie könnten die Mitarbeitenden motiviert werden, in Arbon zu wohnen?
Sinnvoll wäre wohl, einmal gründlich abzuklären, warum nur noch zwei von fünf Mitarbeitenden der Verwaltung in Arbon wohnen. Dann könnte allenfalls auch reagiert werden. Denkbar ist jedenfalls, dass das Kriterium Wohnsitznahme in Arbon bei der Anstellung stärker gewichtet werden sollte, eben aus guten Gründen.
3. Frage: Was soll mit der Ortszulage geschehen?
Das wäre ganz sachlich-nüchtern zu entscheiden. Wir haben nicht die Leistung oder die Treue des Personals zu würdigen, sondern zu überlegen, ob das angestrebte Ziel erreicht wurde. Es ist klar: Die Massnahme hat ihren Zweck nicht erfüllt. Folglich müssten die Konsequenzen gezogen werden.

Ich höre die Stimmen: „Es handelt sich ja nur um eine kleine Summe von rund Fr. 20'000.–“, wird man einwenden. Grosse Summen ergeben sich meist aus vielen kleinen Summen. Richten wir die Ortszulage weiterhin aus, kann man uns zu Recht vorwerfen, die Stadt gebe jährlich Fr. 20'000.– aus, die nur für die Katz sind.

Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso: Für die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso ist es auch ein Anliegen, über die Auswirkung der Ortszulage zu diskutieren.

Zuerst einmal ein Dank an alle Mitarbeiter der Stadt Arbon für ihren Einsatz, den sie täglich leisten. Es ist uns von der Fraktion auch klar, dass nicht alle Arbeitnehmerinnen und -nehmer in Arbon wohnen können oder auch nicht möchten, was schon der Stadtrat bei der Antwort der Interpellation unter Punkt drei auch berechtigt festgestellt und beantwortet hat.

Aber für die Angestellten, die sich entschieden haben, in Arbon zu wohnen, denen möchten wir auch nicht die Fr. 500.– vorenthalten, sondern sind überzeugt, als Dankeschön, Motivation oder als Belohnung die Zulage zu entrichten. Als Gewerkschafter sehe ich natürlich auch bei einer Streichung der Ortszulage eine versteckte Lohnkürzung, über den Daumen gerechnet von Fr. 40.– im Monat.

Deshalb möchte ich euch darauf aufmerksam machen oder besser gesagt auffordern, die Ortszulage nicht zu streichen, auch nicht in Zukunft. Es kann nicht sein, dass wir die Einheimischen auch noch strafen dafür, dass sie sich für Arbon entschieden haben.

Wir von der Fraktion SP-Gewerkschaften und Juso sind überzeugt, die Gelder sind hier richtig und weitsichtig investiert.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Wenn keine Wortmeldungen mehr sind, ist dieses Geschäft erledigt.

6. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit SP-Gewerkschaften-Juso (Rücktritt Abegglen Manuel)

Wir haben den Rücktritt eines Mitgliedes aus dem Wahlbüro infolge Wegzugs erhalten. Die SP-Gewerkschaften-Juso schlägt Christian Walser, geb. 28. Juli 1943, Blumenstrasse 1, 9320 Arbon vor.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: So ist es mit den Jungen, die kommen und gehen, schneller als wir es wünschen, so auch bei den Urnenoffizianten. Wir haben gesucht und Christian Walser gefunden und ihn als Ersatz vorgeschlagen. Er ist wie gesagt, 68 Jahre alt, pensioniert und war früher bei der Bank tätig. Ich bitte euch, ihn zu wählen.

://: **Christian Walser wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros für die verbleibende Amtszeit der Legislatur 2011-2015 gewählt.**

7. Fragerunde

Präsidentin Elisabeth Tobler: Es liegen drei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Monika Strauss, SVP betreffend „Handänderung Grundstücke Weinbergstrasse; Parzelle Nr. 3656 und 3661 und Blumenhaldenstrasse 15, Parzelle Nr. 3666“.

Monika Strauss, SVP: Wie ich von Quartierbewohnern erfahren habe, wurden am 9. März 2011 die Grundstücke an der Weinbergstrasse 1+3 sowie an der Blumenhaldenstrasse 15 von der Stadt Arbon an die bisherigen, im Baurecht wohnenden Personen verkauft. Die einzelnen Parzellen haben eine Grösse von 832 m², 812 m² und 836 m².

Ich ersuche den Stadtrat in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen.

1. Wer hat aus welchem Anlass den Anstoss dazu gegeben, diese Grundstücke zum jetzigen Zeitpunkt zu verkaufen?
2. Es gibt hier noch ein viertes Grundstück, wird dieses ebenfalls verkauft?
3. Wie viel wurde für den Quadratmeter bezahlt?
4. Was hat die Stadt durch diese Landgeschäfte eingenommen? Wo werden die Erlöse in der Jahresrechnung aufgeführt?

Stadtammann Martin Klöti: Der Anstoss ging von den Bauberechtigten aus, welche mit Schreiben vom 20.07.2010 ihr Interesse am Erwerb ihrer Parzellen signalisierten. Dabei handelt es sich um folgende Parzellen mit den entsprechenden Bauberechtigten:

Parz. 3656 Weinbergstrasse 1, Parz. 3661 Weinbergstrasse 3, Parz. 3666 Blumenhaldenstrasse 15, Parz. 3667 Blumenhaldenstrasse 17

Die Stadt Arbon hat 1988 auf der Westseite des Friedhofs an der Weinbergstrasse bzw. Blumenhaldenstrasse diese Parzellen verpachtet. Diese Grundstücke wurden damals nicht verkauft, um später bei Bedarf noch Landreserven für eine allfällige Friedhoferweiterung zur Verfügung zu haben. Die übrigen Parzellen an der Weinberg- bzw. Blumenhaldenstrasse wurden damals für Fr. 100.--/m² verkauft.

Die Dauer der Baurechte lief gemäss Baurechtsvertrag minimal bis zum 01. Dezember 2038. Sollten die belasteten Liegenschaften nach diesem Zeitpunkt nicht für eine Friedhofserweiterung benötigt werden, hätte das Baurecht längstens bis zum 01. Dezember 2068 verlängert werden können. Als Grundlage für den Baurechtszins wurde bei Beginn der Wert des baurechtsbelasteten Landes auf Fr. 100.--/pro m² festgesetzt.

Angesichts der Verlagerung von Erd- zu Urnenbestattungen ist aus heutiger Sicht kaum anzunehmen, dass der Friedhof nach Beendigung der Vertragsdauer erweitert werden muss. Es sind genügend Reserven innerhalb des Friedhofsgeländes verfügbar. Mit einem Verkauf der betreffenden Parzellen ging die Stadt deshalb kein Risiko ein. Zudem war der aktuelle Ertrag aufgrund des vertraglich vereinbarten Wertes der Grundstücke als sehr tief zu bewerten. Eine Kündigung bzw. Anpassung der Verträge war nicht möglich.

Zur zweiten Frage: Es gibt hier noch ein viertes Grundstück, dieses ist ebenfalls verkauft. Die Bauberechtigten der Parzelle 3667, Blumenhaldenstrasse 17, verzichten zurzeit auf den Erwerb ihrer Parzelle.

Zur Frage drei, wie viel wurde für den Quadratmeter bezahlt? Der Preis betrug Fr. 200.--/m². Das entspricht zwar nicht den ortsüblichen Marktpreisen. Allerdings war es naheliegend, dass die Bauberechtigten die Parzellen erwerben konnten und nicht Dritte Eigentümer dieser Grundstücke wurden. Ausserdem hätten Dritte die Liegenschaften ebenfalls nicht zu Marktwerten erwogen, da die Baurechtszinsen mit jährlich Fr. 12'000.-- sehr tief angesetzt waren.

Frage vier: Die Bruttoeinnahmen betrugen Fr. 494'200.--. Daraus resultierte ein Buchgewinn von Fr. 206'100.-- (Verkaufspreis abzüglich Buchwert). Dieser ist verbucht auf dem Konto 1995.4240 „Buchgewinne Anlagen Finanzvermögen“. Im Voranschlag 2011 waren auf diesem Konto Fr. 950'000.-- budgetiert. Daraus resultierte der Auftrag an den Stadtrat, sich von gewissen Liegenschaften und Parzellen des Finanzvermögens zu trennen. Dazu gehörten auch die betreffenden drei Parzellen an der Weinberg- bzw. Blumenhaldenstrasse.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Eine zweite Frage wurde von Werner Bachofen, SVP betreffend „Blaue Zone / Verkehrsführung Frieden- / Rebenstrasse“ eingereicht.

Werner Bachofen, SVP: Gemäss Medienmitteilung vom 31.01.2012 gaben Stadt Arbon und Kantonales Tiefbauamt Thurgau bekannt, dass parallel zum Abbruch der Rebenbrücke die Parkplätze der blauen Zone an der Friedenstrasse temporär aufgehoben werden, weil angeblich in diesem Abschnitt in der Zeit von Februar bis September 2012 mit einer erhöhten Frequenz an Lastwagen zu rechnen ist, die einerseits mit dem öffentlichen Verkehr kreuzen müssen.

Diese Aussage erstaunt, weil pro halbe Stunde nur ein Linienbus via Friedenstrasse fährt und die Lastwagen via Sonnenhügelstrasse umgeleitet werden können.

Besonders hart trifft die Aufhebung der Blauen Zone-Parkplätze die Geschäfte und Dienstleistungsunternehmen an der Friedenstrasse mit Ausnahme der Schweizerischen Post. Denn während die Schweizerische Post, wohlgemerkt immer noch im Besitz der Schweizer Bevölkerung, ihren Überhang an Parkplätzen fremd vermietet und damit gutes Geld generiert und zu allem Ärger fremde Parkplatzbenutzer, die einen der unzähligen freien Parkplätze benützen, mit Busse bestrafen, sind die Kunden von Sport- Küchen- Blumengeschäft oder insbesondere Zahnarztpraxis gezwungen ihre Autos weit weg, ausserhalb der betr. Einkaufs- bzw. Praxiszone zu parkieren.

Dies alles veranlasst mich zu folgenden Fragen:

1. Ist diese vom Kanton angeregte Lösung mit der parkflächenfreien Friedenstrasse wirklich der Lösung letzter Schluss, oder ist diese veränderte Strasse allenfalls bereits die Verkehrsführung der Zukunft?
2. Ist der Stadtrat bereit, zum Wohle von allen Kunden, mit der verantwortlichen Post Verhandlungen zu führen die einen Verzicht auf das Erheben von Parkbussen, oder eine kulante Parkplatzlösung, ev. auf Entschädigungsbasis beinhaltet?
3. Ist der Stadtrat bereit, andere Parkplatzmöglichkeiten z.B. die brachliegende Parzelle Ecke Friedenstrasse / Rebenstrasse als provisorischen Parkplatz in Betracht zu ziehen?

Stadtrat Reto Stäheli: Diese temporäre Verkehrsführung an der Friedenstrasse ist gemäss den am Bau Beteiligten die beste Lösung, bis September 2012. Das Parkierungsverbot wurde erlassen, um den Verkehrsfluss zu optimieren. Während der Bauzeit werden immer wieder grössere Mengen an Baumaterial angeliefert. Der Bereich Friedenstrasse kann oder muss während der Bauphase auch als Staufläche für die Anlieferung mit LKW genutzt werden. Zusätzlich gibt es Mehrverkehr, welcher nicht mehr über die Rebenbrücke geführt werden kann. Hier muss auch berücksichtigt werden, dass bis zur Fertigstellung der Brücke die Schüler die Friedenstrasse als Schulweg benützen. Ohne die Blauen Zone-Parkplätze ist die Situation übersichtlicher. Wichtig ist es, dass die Kontrollorgane ihre Verantwortung wahrnehmen und die temporären Verkehrsanordnungen kontrollieren.

Bezüglich Verkehrsführung der Zukunft: Nein, dies ist nicht die zukünftige Lösung. Die Parkplätze werden nach Abschluss der Bauarbeiten wieder erstellt. Anordnung und Anzahl sind aber noch offen. Bei der jetzigen Situation handelt es sich um einen Bauzustand. Solche Situationen ergeben sich bei solchen Projekten in dieser Grösse immer wieder. Hier ist auch das Verständnis und das Mitdenken aller Beteiligten gefordert.

Zur Frage zwei: Parkplätze sind generell auf dem eigenen Grund zu erstellen. Dies gilt auch für Dienstleister und Verkaufsgeschäfte. Primär ist es Sache dieser, für Parkflächen ihrer Kunden zu sorgen. Diese müssten auch hier die Initiative selber ergreifen und allenfalls mit der Post Verhandlungen führen.

Dritte Frage: Im Umfeld der Friedenstrasse gibt es genug Blaue Zonen-Parkflächen welche für den Einkauf benutzt werden können. Die erwähnte Fläche, Frieden- Rebenstrasse, wird als Installationsplatz für die Bauarbeiten genutzt und kann deshalb nicht zu Verfügung gestellt werden.

Wir müssen bis September 2012 mit dieser Situation leben.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Eine dritte Frage wurde eingereicht von Kaspar Hug CVP/EVP betreffend „ Motion Planungszone / Gestaltungsplan-Pflicht Metropol

Kaspar Hug, CVP/EVP: An der letzten Parlamentssitzung hat Herr Stadtammann Klöti auf eine Frage von Peter Gubser erklärt, dass die Parzelle ex Osterwalder (Avia-Tankstelle) nicht Bestandteil der Motion Hotel Metropol sei. Dies ist nicht ganz korrekt.

In der Einleitung zur Motion steht: „Der Stadtrat Arbon wird aufgefordert, über die Parzellen Migros/Metropol (Nr. 1800), Parkplatz Stadt Arbon (Nr. 1802), Parkplatz ex. Migros (Nr. 1648) und Osterwalder (Nr. 2150) eine Planungszone zu erlassen. Im Nachgang soll die Parzelle Nr. 1800 der Gestaltungspflicht als überlagernde Zone, unterstellt werden.“

Damit ist klar, dass auch die Parzelle der ehemaligen Tankstelle Osterwalder Bestandteil der Motion ist. Nun soll die Parzelle ex Osterwalder überbaut werden, respektive dazu muss die Stadt Arbon eine Baubewilligung ausstellen.

Es wäre aber sehr sonderbar, wenn eine Baubewilligung ausgestellt würde, bevor die Motion im Stadtparlament traktandiert worden ist. Darum meine Fragen:

- Wann wird die Motion Metropol im Stadtparlament traktandiert?
- Warum wurde nicht, wie in der Motion verlangt, über dieses Gebiet eine Planungszone erlassen? Damit hätte sich der Stadtrat einen grossen Spielraum geschaffen.

Mit einer Planungszone vergibt man sich nichts, hat aber alle Karten in den eigenen Händen. Eine Planungszone kann der Stadtrat erlassen. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt wird diese Zone wirksam, auch wenn der betroffene Grundeigentümer Rechtsmittel dagegen ergreift. Erst wenn das Rechtsverfahren abgeschlossen ist bleibt die Planungszone oder sie wird aufgehoben.

Stadtammann Martin Klöti: Die Motion wird fristgerecht für die Parlamentssitzung vom 03. April 2012 traktandiert.

Frage zwei. Hier muss man unterscheiden. Die beiden Grundstücke, über die jetzt ein Bauvorhaben aufgelegt wurde, die waren bereits soweit entwickelt, dass im Nachhinein in einem laufenden Prozess nicht eine Planungszone erlassen kann, das wäre gesetzeswidrig. Deswegen würde das nur zutreffen für dieses Areal Metropol und unser Grundstück der Stadt.

Für die Parzellen. Nr. 1648 und 2150 besteht ein Projekt für zwei Wohnbauten. Dieses Projekt wurde noch von der Implenia Development AG entwickelt und basiert auf einem Gestaltungsplanentwurf der Stadt Arbon und einem Wettbewerbsverfahren von Implenia. Auf dieses konnten sie sich beziehen. Das Projekt wurde von der Stadt Arbon begleitet. Die Firma HRS wird dieses Projekt, so wie es von Implenia entwickelt wurde, umsetzen. Dafür wird über diesen Teil ein Gestaltungsplan erstellt und zwar auf der Basis des schon bestehenden Entwurfs.

Wie oben aufgeführt, ist der neue Besitzer bereit, mit der Stadt zusammenzuarbeiten. Die vorgesehenen Nutzungen werden nicht der aktuellen und auch nicht der zukünftigen Planungszone widersprechen. Es werden auch soweit es wirtschaftlich möglich ist, die Bedürfnisse der Öffentlichkeit berücksichtigt. Somit kann hier der Erlass einer Planungszone nicht zu einer Lösung beitragen.

Eine Planungszone soll zu einer Entwicklung beitragen und nicht als Verhinderungsinstrument oder Druckmittel missbraucht werden. Die Motion wird hier am 3. April traktandiert.

8. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Wir möchten seitens des Stadtrates der SSG ein Kompliment ausrichten heute Abend in der Öffentlichkeit. Wir haben es bereits mit einem Brief getan. Wir freuen uns über diese Eliteklassen für Handball und Musik. Das ist ein gutes Zeichen, dass wir als Bildungsstandort und überhaupt als ein guter Standort in die Region ausstrahlen. Wir freuen uns darüber und wünschen viel Erfolg.

Eine zweite gute Nachricht ist, dass sich die Regierung, wie sie in einer kleinen Notiz vielleicht schon gesehen haben, für Arbon als den KESB-Standort entschieden hat. Das heisst, die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, welche per 2013 in Kraft treten wird, hat ihren Sitz für den Bezirk hier in

Arbon, das freut uns sehr. Claudius Graf Schelling hat uns das als Stadtrat einen Tag bevor es veröffentlicht wurde direkt mitgeteilt.

Präsidentin Elisabeth Tobler: Die Interpellation von Peter Gubser, die eingereicht wurde, ist mit 17 Stimmen unterschrieben worden und wird jetzt weitergeleitet an den Stadtrat.

Geschätzte Anwesende, wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen. Ich lade sie herzlich ein, mit Schenkeli, Fasnachtsküchlein und Berliner zusammen diese Sitzung ausklingen zu lassen. Danach entlasse ich sie gemäss meiner Einführung in die närrischen Tage und freue mich, sie dann wieder wohlbehalten an unserer 7. Parlamentssitzung am 3. April 2012 um 19.00 Uhr begrüssen zu dürfen.

Ich erkläre die Sitzung hiermit als geschlossen und wünsche eine Güte und danach gutes Nachhausekommen.

Schluss der Sitzung: 21.30 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Elisabeth Tobler

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung